

Martina Fischer

Zur Bedeutung der Armee im nachfranquistischen Spanien

Bruch und Kontinuität im Verhältnis
von Militär und Gesellschaft

1. Antidemokratische Traditionen des spanischen Militärs

Die Armee war in Spanien während des gesamten 19. und 20. Jahrhunderts ein Faktor politischer Instabilität. Das Wort *pronunciamento* verweist auf eine für Spanien spezifische, außergewöhnlich ausgeprägte Tradition der Einmischung des Militärs in die Politik mittels Putsch oder Rebellion. Die politische Realität des Landes wurde bis in die demokratische Gegenwart hinein davon determiniert.

Schon 1978 wurden führende Befehlshaber, die mit dem Übergang Spaniens vom autoritären franquistischen System zur Demokratie nicht einverstanden waren, bei Umsturzplanungen festgenommen.¹ Die Wiedermehrung der Gewerkschaften, die Legalisierung der Kommunistischen Partei, die Verabschiedung von Autonomiestatuten für die Regionen Baskenland, Katalonien und Galicien, wachsendes Regionalbewußtsein in den Autonomen Gemeinschaften sowie die zahlreichen Anschläge der ETA auf Repräsentanten des Militärapparats gaben den Kommandeuren Anlaß, die Auflösung der Einheit des Nationalstaats zu befürchten.

Am 23. Februar 1981 versuchten schließlich Befehlshaber der Guardia Civil und des Heeres, durch Gefangennahme von Regierung und Parlamentariern im Abgeordnetenhaus der Hauptstadt eine Änderung der Staatsform zu erzwingen.² Erst eine Erklärung von König Juan Carlos für die Demokratie veranlaßte die Putschisten zur Aufgabe. Dokumente, die erst zehn Jahre später bekannt wurden, enthüllten, daß der König damals mit antidemokratischen Ressentiments fast aller obersten Befehlshaber konfrontiert war.³ Offensichtlich war es nur Zufällen am

-
- 1 Führende Köpfe des als »Operation Galaxia« bezeichneten Komplotts waren Tejero, Oberstleutnant der Guardia Civil, und Sáenz de Ynestrillas, Major der Policía Armada. Vgl. dazu Sergio Vilar: *La década sorprendente 1976-1986*. Barcelona 1986, S. 60f.
 - 2 Protagonisten waren Oberstleutnant Tejero, Generalleutnant Milans del Bosch, der als Kommandeur der Militärregion Valencia dort Panzer ausrücken ließ, sowie Generalleutnant Armada, der sich nachträglich einschaltete und Parlamentarier und König drängen wollte, ihn zum Regierungschef zu ernennen.
 - 3 Die Mitglieder der Junta der Stabschefs und die Mehrheit der neun Wehrbereichsbefehlshaber verhielten sich abwartend. Nur drei verhielten sich gegenüber dem König und der Verfassung loyal. Alle übrigen waren für Telefonate des Königs nicht erreichbar und versetzten ihre Truppen in Bereitschaft. Die Panzerdivision im Süden von Madrid stand zum Sturm auf die Haupt-

Putschtag zu verdanken, daß das Unternehmen nicht in eine umfangreichere Mobilisierung mündete.

Die Furcht vor einem neuerlichen Putschversuch wirkte sich in der Folgezeit dämpfend auf den Demokratisierungsprozeß aus. Ministerpräsident Calvo Sotelo bremste den Autonomieprozeß und setzte das Militär bei der Terrorismusbekämpfung ein. Nur vier der Putschanführer wurden inhaftiert und von Militärgerichten zu symbolischen Strafen verurteilt. Hintermänner und Kollaborateure blieben unbehelligt. Auf Suspendierungen Franco-treuer Befehlshaber wurde verzichtet. Gleichzeitig beschleunigte die UCD-Regierung den Beitritt zur NATO.

Auch die im Oktober 1982 angetretene PSOE-Regierung bekam den Druck des Militärs zu spüren. Schon bald wurde bekannt, daß rechtsextreme Befehlshaber versucht hatten, dem sich abzeichnenden sozialistischen Wahlsieg durch einen Putsch zuvorzukommen.⁴ Im Verlauf des Jahres 1983 erhielt die Regierung davon Kenntnis, daß Wehrbereichskommandeure mit Angehörigen der Stäbe und mit Befehlshabern von operativen Einheiten einen sogenannten *golpe blando* planten.⁵ Ziel der Verschwörer war es zum einen, durch Abschaffung des 8. Verfassungsartikels die Regelungen zur politischen Selbstbestimmung der Regionen zu verhindern und die Kontrolle über das Baskenland zu behalten. Zum anderen beabsichtigten sie, die vom sozialistischen Verteidigungsminister Serra ausgearbeiteten militärischen Reform- und Umstrukturierungspläne zu stoppen. Die Protagonisten waren Anhänger der Idee der *Autonomía Militar*, als deren Urheber der ehemalige Leiter der *Academia General Militar*, Generalleutnant Manuel Cabeza Calahorra, galt. Demnach sollte für die Streitkräfte nur der Oberbefehl des Königs, nicht aber die Weisungsbefugnis von Parlament und Regierung bindend sein. Die externe Kontrolle des Militärs sollte sich nur auf die Festlegung des Verteidigungshaushalts und der grundlegenden militärischen Ziele beschränken.⁶ Bei der Aufdeckung der Verschwörung wurden von der Polizei auch ehe-

stadt bereit, und Teile der Einheit besetzten die staatlichen Rundfunk- und Fernseheinrichtungen, um sie für die Erklärung des neuen Regierungschefs freizuhalten. Auch der militärische Geheimdienst CESID war in den Umsturzversuch verwickelt. Vgl. dazu Volker Mauersberger: »Die Nacht der Demütigung«, in: *Die Zeit*, Nr. 10 v. 1.3.1991, S. 49f.; vgl. auch *Diario 16* v. 20.2.1991, S. 2ff.; *El País* v. 17.2.1991 *Domingo*, S. 1ff. Details über den »23-F« liefern überdies Vilar: *Década* (Anm. 1), S. 65ff.; Julio Busquets: »Las Fuerzas Armadas en la transición española«, in: *Sistema* 93 v. November 1989, S. 22. Eine frühe Einschätzung der Ereignisse lieferte José Oneto: *La noche de Tejero*. Madrid 1981.

- 4 An den umfangreichen Mobilisierungsplänen (Operation »Cervantes«) waren Teile der Guardia Civil, des Heeres und im Hintergrund agierende zivile rechte Kreise beteiligt. Das Vorhaben wurde allerdings zwei Wochen zuvor vom inzwischen reorganisierten Geheimdienst CESID vereitelt.
- 5 Beteiligt waren unter anderem der Generalkapitän der Militärregion Zaragoza, Sáenz de Larrumbe, und der ehemalige Präsident der »Generalitat«, Tarradellas.
- 6 Die Putschwilligen wollten den Streitkräften eine autonome Machtstellung neben einer von allen politischen Kräften zu besetzenden Regierung verschaffen: Dem Militär sollte ein Sitz im Verfassungsgericht zustehen. Die Besetzung der Befehlshaberposten sowie die Militärgesetzgebung

malige Agenten des franquistischen Geheimdienstes festgenommen, die zusammen mit rechtsgerichteten politischen Kreisen Attentatsserien ausheckten, um die Demokratie zu destabilisieren.

Bis in die zweite Hälfte der achtziger Jahre hinein wurden von klandestinen Zirkeln des Militärs immer wieder Umsturzpläne geschmiedet. Wie 1991 bekannt wurde, plante eine Gruppe von Militärangehörigen, König Juan Carlos und seine Familie, den Ministerpräsidenten, den Verteidigungsminister und die Mitglieder der Junta der Stabschefs im Sommer 1985 zu ermorden. Anlässlich des Tags der Streitkräfte in La Coruña wollten sie die Ehrentribüne mit führenden Repräsentanten aus Politik und Militär in die Luft sprengen. Der Anschlag sollte der ETA angelastet werden und als Rechtfertigung für die Machtübernahme des Militärs dienen. Geplant waren weiterhin Attentatsserien gegen öffentliche Einrichtungen und gegen Politiker, vor allem Repräsentanten des Baskenlands.⁷

Neben offenen Rebellionen oder Putschabsichten, an denen nur eine kleine Minderheit von Angehörigen des Militärs aktiv beteiligt war, gab es einen zweiten Typ militärischer Einmischung in politische Belange: die indirekte oder »passive« Intervention, den »Druck der weißen Handschuhe«. So nennt der spanische Militärsoziologe Julio Busquets⁸ die eher lautlose und für die Öffentlichkeit nicht ohne weiteres sichtbare Intervention von Generälen gegen demokratische Entscheidungsprozesse und Reformen, mit der sich die Militärspitze etwa 1976 der Einführung der Gewerkschaftsfreiheit und 1977 der Legalisierung der Kommunistischen Partei zu widersetzen versuchte. Zehn Jahre nach Francos Tod im Jahre 1986 versuchte die Militärspitze weiterhin, eine Rehabilitierung der Mitglieder der (1976 wegen ihres Bestrebens zur Demokratisierung des Militärs aus der Armee vertriebenen und verbotenen) Demokratischen Militärunion (UMD) durch Druck auf die politische Ebene zu verhindern.⁹ Auch die Rehabilitierung

sollten weiterhin in der ausschließlichen Verantwortung der Streitkräfte selbst liegen. Darüber hinaus erklärten die Verschwörer es zu ihrem Ziel, den Institutionen und Symbolen des Vaterlandes wieder Respekt zu verschaffen. Zudem wollten sie einen nationalen Pakt zur Bekämpfung des Terrorismus gründen. In ihrem Programm, das sie in verschiedenen Befehlsstellen verbreiteten, erhoben sie schwere Vorwürfe gegen die Demokratie: Sie habe die traditionelle Verwaltungsstruktur Spaniens aufgelöst und sei im Begriff, die »Einheit des Vaterlandes« zu zerstören. Vgl. *Diario 16* v. 16.10.1983, S. 5.

7 Vgl. *El País* v. 17.2.1991 *Domingo*, S. 1ff. Gerüchte im Vorfeld und ein mit düsteren Prophezeiungen über die Region Galicien gespickter Artikel in der rechtsradikalen Zeitschrift »Alcázar« hatten die Geheimdienste alarmiert und den Staatsstreich verhindert.

8 Julio Busquets Bragulat: *El militar de carrera en España*. Barcelona 1984.

9 Von Vorstößen zur Rehabilitierung der UMD-Angehörigen hatten die politischen Entscheidungsträger angesichts des Widerstands der Militärspitzen bis dahin Abstand genommen. Als die Regierung 1986 einen Gesetzentwurf zur Rehabilitierung der »Umedos« vorlegte, mißbilligten Befehlshaber des Heeres und drei der vier Stabschefs der Streitkräfte dies als »gefährlichen Vorgang« und warnten vor der Durchführung. Ende des Jahres wurden die ehemaligen UMD-Mitglieder vom Verteidigungsministerium zwar in die ihnen altersmäßig entsprechenden Ränge eingestuft. Ihre Rückkehr in den aktiven Dienst wurde aber angesichts der Unruhe, die man

der Veteranen, die auf republikanischer Seite im Bürgerkrieg gekämpft hatten, stieß noch Ende der achtziger Jahre auf Widerstand.¹⁰

In den Jahren der *transición* waren überdies Disziplinverstöße und kollektive Mißfallensäußerungen mit antidemokratischer Stoßrichtung an der Tagesordnung: Militärangehörige nutzten Beerdigungen von Kameraden, die Opfer terroristischer Aktionen geworden waren, zur Diffamierung von Politikern, verabschiedeten Manifeste zur politischen Lage und versuchten mit Hilfe rechtsgerichteter Zeitschriften, gegen regionale Autonomiestatute zu hetzen. Öffentliche Angriffe auf Repräsentanten des demokratischen Systems waren noch bis in die zweite Hälfte der achtziger Jahre hinein zu beobachten.¹¹ Noch Ende der achtziger Jahre traten hin und wider militärische Befehlshaber mit Überzeugungen von ihrer innenpolitischen Ordnungshüterfunktion an die Öffentlichkeit.¹²

Zwar war das franquistisch geprägte Militär kein einheitlicher Block und durchaus von Widersprüchen, von antiquierten und modernen Segmenten durchzogen. Aber die zentrale Rolle der Armee bei der Unterdrückung der Opposition gegen das Franco-Regime hatte zur Überzeugung von einer autonomen Rolle der Armee geführt, die zahlreiche Militärs nicht aufzugeben bereit waren. Das galt vor allem für das unter den tonangebenden und zahlenmäßig dominierenden Offizieren des Heeres verbreitete Selbstverständnis.

Wenngleich nur eine Minderheit von Militärangehörigen mit demokratiefeindlichen Haltungen und Aktivitäten offen in Erscheinung trat, trug dies doch entscheidend mit dazu bei, das Image der Armee insgesamt zu verschlechtern. Das in der spanischen Gesellschaft angesichts der repressiven Rolle in Zeiten der Diktatur gewachsene Akzeptanzdefizit gegenüber der Armee wurde dadurch weiter verstärkt. Bevor die zivil-militärischen Beziehungen in Spanien näher analysiert werden, soll aber zunächst das Verhältnis von Politik und Militär, nämlich der Umgang der demokratisch gewählten Regierungen mit der Armee untersucht werden.

damit im Militär zu provozieren befürchtete, vom Verteidigungsministerium als nicht opportun erachtet. Vgl. die Kritik der Befehlshaber in: *El País* v. 23.10.1986. Zu den Problemen und Hintergründen der UMD-Rehabilitierung vgl. *Cambio* 16 Nr. 780, 10.11.1986, S. 31; *El País* v. 6.1.1986, 16.9.1986, 18.9.1986, 20.10.1986 und 28.10.1986. Vgl. auch das Interview der Verfasserin mit dem Ex-UMD-Angehörigen Luis Otero in: *Die Tageszeitung* v. 9.1.1987, S. 9.

- 10 Auch nach der formalen Rehabilitierung 1989 sahen sich die Interessensvereinigungen der republiktreuen Kämpfer schließlich gezwungen, vor das Oberste Gericht zu ziehen, um sich gegen Diskriminierungen bezüglich ihrer Pensionsansprüche zur Wehr zu setzen.
- 11 Eine ausführliche Auflistung dazu in Martina Fischer: *Spaniens ungeliebtes Militär. Legitimitätsdefizite: Öffentliche Meinung, Protestbewegungen und die Reaktionen des Militärapparats (1982-1992)*. Frankfurt a.M. 1996, S. 392ff.
- 12 Anlässlich des landesweiten Generalstreiks vom 14. Dezember 1988 gab z.B. der Brigadegeneral José Cassinello in seiner Funktion als Militärgouverneur der Provinz Córdoba seiner unversöhnlichen Haltung gegenüber der Gewerkschaftsfreiheit Ausdruck. Er gab seinen Truppen Anweisung, falls sie von Streikposten am Passieren gehindert würden, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Vgl. *El País* v. 25.6.1989 und 15.5.1990; *Interviú* v. 28.5.1990; *Ya* v. 11.5.1990.

2. Die Militärpolitik der achtziger Jahre: Der Reform- und »Modernisierungs«prozeß

Die spanische Militärpolitik der achtziger Jahre war mit dem Problem konfrontiert, aus haushaltstechnischen Gründen und aus Gründen der Legitimitätsbeschaffung für die Armee militärische Reformen durchführen zu müssen. Dabei wurde das Wort »Reform« im offiziellen Sprachgebrauch sorgfältig vermieden und durch den Terminus »Modernisierung« ersetzt, um der Angst vor Privilegienverlusten bei Militärangehörigen vorzubeugen.¹³

Nach dem Putschversuch vom 23. Februar 1981 hatte die Regierung der UCD Spanien völlig überstürzt in die NATO geführt. Obwohl der PSOE zunächst versprochen hatte, Spanien wieder aus der NATO herauszulösen, änderte er seine Haltung mehrheitlich unter den Bedingungen der Regierungsverantwortung. Mit Hilfe einer umfangreichen Werbekampagne gelang es der Regierung González schließlich im Jahre 1986, in einem Referendum die Zustimmung einer knappen Mehrheit der abgegebenen Stimmen für den Verbleib Spaniens in der NATO unter bestimmten Bedingungen (Verzicht auf »militärische Integration«, Verbot von Aufstellung, Lagerung und Transport von Nuklearwaffen und Reduzierung der US-amerikanischen Militärpräsenz auf spanischem Gebiet) zu erringen. Die Regierung legte ihre Gründe für das Beharren auf der NATO-Mitgliedschaft zwar nie im Detail offen. Es sprechen aber einige Indizien dafür, daß sie sich nicht nur aus internationalen Zwängen und Abhängigkeiten wie der von außen gesetzten Koppelung von EG- und NATO-Beitritt herleiteten; offensichtlich spielte auch die Überlegung eine Rolle, die Einbettung in die NATO-Integration könne Vorteile für die Modernisierung der Streitkräfte bieten. Man nahm an, die supranationale Kooperation könne diesen zu neuem Selbstverständnis verhelfen. Außerdem konnten militärische Reform- und Umstrukturierungsmaßnahmen fortan mit dem Erfordernis der Anpassung an internationale Standards begründet und von dem Verdacht befreit werden, die sozialistische Regierung plane die Zerschlagung der Armee.

Unter dem Stichwort der »Modernisierung« wurden im Verlauf der achtziger Jahre eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt, welche auf eine Neuordnung der Kompetenzen zwischen dem Verteidigungsministerium und der Armee, auf die Veränderung der territorialen Verteilung und Kommandostruktur sowie auf die Verringerung des Personalbestands abzielten.

13 Verteidigungsminister Serra betonte 1983, er wolle »nicht von Reform sprechen« und ziehe es vor, von »Modernisierung« zu sprechen. Zitiert nach Busquets: »Fuerzas Armadas« (Anm. 3), S. 25.

2.1 Die Neuordnung der Kompetenzen zwischen militärischer und politischer Ebene und die Umstrukturierung der Armee

Zu den wichtigsten Maßnahmen der PSOE-Regierung gehörte zunächst die Neuordnung der Kompetenzen zwischen militärischer und politischer Ebene.¹⁴ Die 1984 verabschiedete Änderung der *Ley Orgánica de Defensa Nacional* (Gesetz über die Nationale Verteidigung) vom 1.7.1980 unterstellte das Oberkommando über die Streitkräfte der zivilen Regierung. Wenngleich der Oberbefehl gemäß der Verfassung beim König verblieb, leitet seither der Ministerpräsident die Verteidigungspolitik, wobei ihm die Junta der Stabschefs (JUJEM) Empfehlungen gibt.

Gleichzeitig wurde die Bündelung der Entscheidungskompetenzen für alle drei Teilstreitkräfte in einem einheitlichen Ministerium durch eine umfassende Reorganisation desselben vollzogen.¹⁵ Es wurde eine »zivile« Führungsriege – bestehend aus Verteidigungsminister, Staatssekretär, Unterstaatssekretär und verschiedenen Generaldirektoren – etabliert. Die Kommandos der Teilstreitkräfte wurden in die verschiedenen Generaldirektionen der Teilstreitkräfte integriert und somit in funktionale Abhängigkeit gebracht. Die seit 1977 bestehende, aus den Stabschefs der drei Teilstreitkräfte und einem Vorsitzenden zusammengesetzte Junta der Stabschefs (JUJEM) wurde vom höchsten militärischen Befehlsorgan zu einem Beratungsorgan herabgestuft. Der Vorsitzende *Jefe de Estado Mayor de la Defensa* (JEMAD) wurde zum wichtigsten Berater des Ministers mit Weisungsbefugnis gegenüber der JUJEM erhoben. Seine Kompetenz beschränkt sich auf ausführende Funktionen bei der Koordination der Teilstreitkräfte und auf Repräsentationspflichten auf NATO-Ebene. Ihm kann im Konfliktfall vom Minister das operative Oberkommando übertragen werden.

Diese Maßnahmen führten zur formalrechtlichen Unterordnung der Armee unter das zivil geführte Ministerium und beendeten deren autonome Entscheidungskompetenz über Haushalts- und Personalfragen, Strategie-, Ausrüstungs- und Beschaffungsplanung. Gleichzeitig wurde eine Fülle von Gremien der Zusammenarbeit zwischen Armeekommandos und ziviler Ministerialbürokratie eingerichtet, und es wurden zusätzliche Mechanismen zur Kontrolle der militärischen Nachrichtendienste etabliert.¹⁶

14 Zum komplizierten Prozeß der Unterordnung der militärischen unter die politische Führung vgl. ausführlich Bernard Labatut: *Renaissance d'une puissance? Politique de défense et réforme militaire dans l'Espagne démocratique*. Paris 1993.

15 Dieser Prozeß war bereits 1977 von Verteidigungsminister General Gutiérrez Mellado auf symbolischer Ebene eingeleitet worden.

16 Vgl. dazu Wolfgang Kophamel: *Der spanische NATO-Beitritt als innen- und außenpolitisches Problem*, Dissertation am FB 15 der Freien Universität Berlin 1987, S. 129ff.; vgl. Fernando Rodrigo: »Las reformas militares en España«, in: *Fuerzas y Desarme en América Latina y el Caribe*. Santiago de Chile 4, octubre-diciembre 1990, S. 4; vgl. Felipe Agüero: »La constitu-

Weiterhin richtete sich das »Modernisierungsprogramm« auf territoriale und organisatorische Umstrukturierungen: Mit der Umgruppierung der Heeresverbände wurde ab 1984 auch die Möglichkeit, durch Truppenmobilisierung Putsche herbeiführen zu können, eingeschränkt. Zahlreiche Einheiten wurden von Standorten um die großen Städte herum, wo sie der Aufstandsprävention gedient hatten, abgezogen und in die südlichen Landesteile verlagert. Die neun Militärregionen wurden auf sechs verringert, die insgesamt 25 Brigaden auf 14 reduziert, die neun Territorialbrigaden (DOT) abgeschafft sowie sechs Einheiten (GOES) für Spezialeinsätze geschaffen. Ferner wurde die paramilitärische Guardia Civil von ihrer Funktion als vierte Teilstreitkraft entbunden und (in Friedenszeiten) auf Polizeifunktionen zurückgestuft.¹⁷ Veränderungen in der Kommandostruktur und die Beschränkung der Macht der Wehrbereichskommandeure erschwerten zusätzlich die Möglichkeit der Mobilisierung für Umsturzversuche.

Der im Verteidigungsgesetz von 1984 enthaltene Plan zur Umstrukturierung des Heeres, »Plan META« (*Modernización del Ejército de Tierra*), legte eine Reduzierung des Heeres von 240.000 auf 150.000 Mann, das heißt sowohl eine Verringerung des Wehrpflichtigenanteils als auch eine Verringerung des Berufsmilitärs von 41.000 auf 35.000 Mann bis 1990 fest.¹⁸ Eine Reduzierung der Mannschaftsstärke war die notwendige Voraussetzung, um Beförderungsstaus im Offizierskorps langfristig entgegenzuwirken und eine angemessene Bezahlung zu gewährleisten. Die durch den Personalabbau eingesparten Mittel sollten mittelfristig aber auch Ressourcen für eine Modernisierung im Ausrüstungsbereich freisetzen, nachdem in den vorausgegangenen Jahrzehnten ein Großteil des Budgets für Personalkosten eines ausufernden, verbürokratisierten Militärapparats aufgewandt worden war.¹⁹

Im Bereich der Personalpolitik war die PSOE-Regierung mit den widersprüchlichen Folgen verschiedener Gesetze zur Aufstiegs- und Pensionsregelung, welche ihr die Vorgängerregierung hinterlassen hatte, konfrontiert: Weil sie weiterhin einem System der automatischen Beförderung nach Alter gefolgt war, hatte sich der Offiziersstau verstärkt. Um ihn abzubauen, wurde 1985 die *Reserva Transitoria* eingeführt, die 6.933 Offizieren innerhalb von vier Jahren bis 1989 den Rückzug aus dem aktiven Dienst in eine Art vorgezogenen Ruhestand ermög-

ción y las Fuerzas Armadas en algunos países de América del Sur y España«, in: *Revista de Ciencia Política*, Bd. VIII, Nr. 1-2, 1986, S. 118ff.

17 Allerdings untersteht sie weiterhin dem Verteidigungsministerium, und im Konfliktfall können ihr »Aufgaben der operativen territorialen Verteidigung« übertragen werden.

18 Vgl. dazu Vicenç Fisas: »El plan estratégico conjunto«, in: CIP (Hg.): *Anuario*. Madrid 1986, S. 25ff.

19 Vgl. dazu ausführlich Jean-François Daguzan: *L'Espagne a la croisée des chemins. Économie de la défense et stratégie du développement technologique*. Dossier n° 13, Fondation pour les Études de Défense Nationale, Paris 1986, S. 16f.

lichte. Zusätzlich wurde der Zugang zu den Militärakademien beschränkt. Schließlich brachten verschiedene Gesetze und Dekrete Modifizierungen der Aufstiegsregelungen und höhere Leistungsanforderungen mit sich. Mit der *Ley de Plantillas* wurde eine Reduzierung der Personalstärke des Berufsmilitärs von 66.000 auf 58.200 festgelegt. Das Gesetz machte Beförderungen in den Generalsrang von einer Auswahl der Kandidaten durch eine Jury abhängig, um zu gewährleisten, daß »die am besten Geeigneten« aufsteigen (*promoción de los más aptos*). Eine erneute Überarbeitung führte zum Entwurf der *Ley de Función Militar*. Die brach schließlich endgültig mit dem Prinzip der Beförderung nach Dienstalter. Aufstiegsmöglichkeiten wurden von persönlichen Verdiensten, technischen Qualifikationen und Zusatzausbildungen abhängig gemacht. Jeder Akademieabgänger sollte in gewissen Abständen Filter durchlaufen und sich bewähren müssen. Am 19. Juli 1989 wurde das Gesetz von den *Cortes* unter dem Titel *Ley de Régimen Reguladora del Personal Militar Profesional* verabschiedet.²⁰

Eine der wohl wichtigsten Veränderungen vollzog sich mit der Reform der militärischen Rechtsprechung. Schon 1980 war der Kompetenzbereich der Militärjustiz strikt auf streitkräfteinterne Delikte begrenzt worden. Im Laufe der achtziger Jahre wurde mittels verschiedener Gesetzesänderungen der *Código de Justicia Militar* reformiert und die Selbstgerichtsbarkeit des Militärs aufgehoben. Die Erneuerung des militärischen Strafrechts (*Ley* 13/85, 9.12.1985) brachte Änderungen in den Artikeln »Feigheit vor dem Feind« und »Desertion« mit sich. Weiterhin wurde das Disziplinarrecht reformiert (*Ley* 12/85, 27.11.1985), die Zusammensetzung und Zuständigkeit der Militärgerichte wurde modifiziert (*Ley* 4/87, 15.7.1987), und es wurde eine deutliche Trennung zwischen Befehlshaber- und Rechtsprechungsfunktionen vollzogen. Die militärischen Staatsanwälte wurden dem Generalstaatsanwalt unterstellt. 1989 wurde auch das Prozeßrecht geändert, so daß Soldaten bei einem zivilen Gerichtshof gegen Urteile der Militärjustiz Revision einlegen können.²¹ Die Sichtweise, daß erst mit dem Jahr 1989 von einer Vollendung der *transición* des Militärs auf der formaljuristischen Ebene gesprochen werden kann, hat von daher einige Berechtigung.²²

20 Vgl. die ausführliche Analyse der Widersprüche der personalpolitischen Reformen in *El País* v. 5.1.1984 und 7.1.1984. Zur »Ley Reguladora del Régimen del Personal Militar Profesional« vgl. José de Delàs: »Una nueva ley para un ejército diferente: la Ley Reguladora del Régimen del Personal Militar Profesional«, in: Mariano Aguirre / Carlos Taibo (Hgg.): *Anuario del CIP* 1989/1990. Madrid 1990, S. 107-119.

21 Vgl. dazu Busquets: »Fuerzas Armadas« (Anm. 3), S. 26, und Carlos Gil Muñoz: *La política de defensa y las relaciones político-militares*, Manuskript eines Vortrags am 22.-23.10.1990 in Lisbon, S. 16ff.

22 Vgl. z.B. Carlos Navajas Zubeldia: »¿El fin del problema militar? Las Fuerzas Armadas y la sociedad en la España actual (1975-1996)«, in: *Simposio histórico sobre la transición española*. Vitoria-Gasteiz, 8.-10. Juli 1996, S. 109.

2.2 Die Ausrüstungsmodernisierung

Die in Teilen des spanischen Militärs durchaus unpopulären Maßnahmen zur Umstrukturierung wurden von einer Erhöhung des Rüstungshaushalts und von umfangreichen Programmen zur Beschaffung modernerer Waffen und Ausrüstung flankiert. Die materielle Grundlage dafür schuf das noch unter der UCD-Regierung verabschiedete und von der PSOE-Regierung nicht angefochtene Gesetz *Ley de dotaciones presupuestarias de las Fuerzas Armadas* 44/82, das eine Erhöhung des Haushaltsanteils für Rüstung am Verteidigungshaushalt und eine Steigerung der Militärausgaben im Zeitraum 1982-1990 festgelegt hatte. Das Gesetz hatte ausdrücklich nur eine Untergrenze für eine nach oben hin offene Haushaltssteigerung bestimmt, die an das Wachstum des Bruttosozialprodukts geknüpft wurde: eine reale 4,432%-Steigerung des Haushalts für Rüstungsinvestitionen und eine reale durchschnittliche Steigerung des gesamten Verteidigungshaushalts um mindestens 2,5% pro Jahr im Zeitraum von 1982 bis 1990, unter der Maßgabe, daß das spanische Bruttosozialprodukt in diesen Jahren eine jährliche 2,5%ige Steigerung nicht unterschreite. Das führte zunächst zu einem Anstieg der Ausgaben des Verteidigungsministeriums von 409 Milliarden Peseten auf 618 Milliarden 1985. Die Militärausgaben insgesamt²³ erreichten 1985 956 Milliarden Peseten und damit einen Anteil von 3,36% am Bruttosozialprodukt.²⁴ Bis 1988 sank dieser Anteil allerdings auf 2,9% und bis 1992 auf 2,1%.²⁵

Die angestrebte jährliche 2,5%ige reale Steigerung des Verteidigungshaushalts wurde zwar nicht eingelöst, denn insgesamt erhöhte sich dieser zwischen 1982 und 1990 nur um jährlich durchschnittlich 1,9% und stieg auch während der neunziger Jahre nicht mehr. Gleichwohl erfuhr die Rüstungsdynamik in Spanien zumindest während der achtziger Jahre durch die Umschichtung der Ausgaben im Vergleich mit den vorangegangenen Jahrzehnten einen beträchtlichen Schub. Vor allem in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wurden umfangreiche Großwaffen-Beschaffungen getätigt.²⁶ Darauf verwandte das Verteidigungsministerium in

23 Vgl. Vicenç Fisas: »La economía de la defensa en España en 1991«, in: CIP (Hg.): *Anuario 1991/92*, Madrid 1992, S. 41-60. Fisas zählt dazu außer den Ausgaben des Verteidigungsministeriums noch die für die Guardia Civil, Pensionen sowie ministerielle Verwaltung und Subventionen für die staatlichen Rüstungsunternehmen.

24 Vgl. Vicenç Fisas: »Los presupuestos de Defensa para 1986«, in: ders. u.a. (Hgg.): *Anuario sobre Armamentismo en España*. Madrid 1986, S. 31-52.

25 Vgl. Vicenç Fisas: »Política sin rumbo: gastos militares y exportaciones de armas«, in: CIP (Hg.): *Anuario 1992/93*. Madrid 1993, S. 69.

26 Die Anzahl der in Spanien hergestellten AMX-Panzer für das Heer wurde erhöht, Motoren und Bewaffnung der M-41, M-47 und M-48-Panzer wurden modernisiert, Luft- und Panzerabwehr erhielten modernere Milan- und Tow-Raketen, hinzu kamen Kampfhubschrauber und Panzerfahrzeuge, elektronische Ausrüstung und Kommunikationsmittel für das Heer. Für die Luftwaffe wurden 96 F-16- und 84 F-18-Flugzeuge beschafft, die Restbeschaffung von Mirage-1-Flugzeugen zu Ende geführt, T-33 und T-61-Flugzeuge durch C-101-Schulflugzeuge ersetzt, das

den Jahren 1986 und 1987 256 Milliarden Peseten, 1988 232 Milliarden und 1989 nochmals 270 Milliarden Peseten.²⁷

Um die Nachfrage bei der einheimischen Rüstungsindustrie anzukurbeln, wurden die Streitkräfte verpflichtet, deren Produkte in ihren Planungen vorrangig zu berücksichtigen. Zudem unternahm die PSOE-Regierung Anstrengungen zur Koordinierung der Beschaffungsplanung der Streitkräfte und verknüpfte sie mit Vorgaben für die Industrie. Die Kompetenzaufsplittung während der Franco-Ära hatte im Hinblick auf die Rüstungsbeschaffung zur Verselbständigung eines komplizierten bürokratischen Apparats mit rivalisierenden und ineffektiven Zentren, Kommissionen, Unterkommissionen und Rüstungsdirektionen geführt.²⁸ 1977 war die Streitkräfteplanung zwar in einem einheitlichen Verteidigungsministerium und einer zentralen Beschaffungseinrichtung *Dirección General de Armamento y Material* (DGAM) zusammengefaßt worden, aber die Entscheidungskompetenz über Beschaffungen war faktisch bei der Armee selbst verblieben. Bei den von der Regierung González durchgeführten Reformen wurde die Rüstungsplanung im Zuge der Reorganisation des Ministeriums der Zuständigkeit des Unterstaatssekretärs für Verteidigungsfragen überantwortet und so aus dem Entscheidungsbereich des Militärs gelöst. Seit 1985 erfolgt die Koordination der Rüstungspolitik durch eine auf Staatssekretärssebene angehobene DGAM-Führung und in Zusammenarbeit mit verschiedenen anderen Gremien der Ministerien für Industrie sowie für Erziehung und Wissenschaft. Mit dem Ziel, die spanische Industrie technologisch an das Niveau der NATO-Partner anzukoppeln, wurde seither eine umfangreiche Beteiligung spanischer Firmen an Gemeinschaftsprogrammen zur Rüstungsentwicklung im europäischen und transatlantischen Verbund etabliert.²⁹ Damit verbunden und politisch gewollt war eine massive Exportorientierung, die sich nicht nur auf die NATO-Partnerländer richtete: Spanische Rüstungswaren waren fortan in zahlreichen Krisenregionen der Welt präsenter als je zuvor.

Alarm- und Kontrollsystem vervollständigt und die elektronische Ausrüstung modernisiert. Das aufwendigste Beschaffungsprojekt der Marine war der Flugzeugträger »Príncipe de Asturias«. Darüber hinaus erhielt sie 4 U-Boote des Typs Galerna, 5 Fregatten FFG, 2 Zerstörer vom Typ Suance, 12 Harrier Senkrechstarter, 12 Hubschrauber SH-60 Lamps II, 15 Harpoon-Schiffsraketen, 1 Logistikschiff, 12 Minensuch-, 3 Küstenwach-, 6 Erkundungs- und 4 LST-Landungsboote, 1 Amphibienfahrzeug, 1 Segelschulschiff und 1 leichtes Transportschiff. Zu den Beschaffungsprojekten im Detail vgl. Carlos Gil Muñoz: »Spanish Army Modernization – armament and equipment«, in: *NATO's Sixteen Nations*. Special Issue, No. 1, 1985, S. 81f.

27 Vgl. dazu Ministerio de Defensa: *Memoria de la Legislatura 1986-1989*. Madrid 1989, S. 309.

28 Zu den kuriosen Widersprüchen, die diese Struktur in der Franco-Ära hervorgebracht hatte, vgl. Jesús Ynfante: *El ejército de Franco y de Juan Carlos*. Paris 1976, S. 81ff.

29 Zur spanischen Rüstungs- und Industriepolitik vgl. ausführlich Martina Fischer: »Rüstungs- und Technologiepolitik in Spanien. Versuche technologischer Anknüpfung an Westeuropa«, in: Wilfried Karl (Hg.): *Rüstungskoooperation und Technologiepolitik als Problem der westeuropäischen Integration*. Opladen 1994, S. 49ff.

Die umfangreiche Modernisierung im Bereich der Ausrüstung und Bewaffnung war zum einen industriepolitisch im Sinne der Nachfrageankurbelung für die spanischen Rüstungshersteller motiviert. Die Beschaffungen dienten zum anderen aber auch als Kompensation für den relativen Verlust der Streitkräfte an Machtpositionen in Staat und Gesellschaft.³⁰

2.3 Widersprüche des militärischen Reform- und Modernisierungsprozesses

Die Politik der Regierungen im demokratischen Spanien war von dem Prinzip getragen, zunächst diejenigen Institutionen zu reformieren, von denen man keine größeren Widerstände erwartete. Eine Armeereform hielt man erst nach einer Konsolidierung der Demokratie für ratsam. Keine der demokratisch gewählten Regierungen entschloß sich, die jeweiligen Momente größter Verunsicherung für eine möglichst rasche Umgestaltung der Armee zu nutzen. Günstige Augenblicke hätte es etwa nach den Wahlen 1977, nach dem gescheiterten Putschversuch 1981 oder nach dem überwältigenden sozialistischen Wahlsieg 1982 gegeben. Dennoch, so rückblickend der ehemalige Offizier und spätere Vizevorsitzende des Verteidigungsausschusses Julio Busquets, »wollte man es nicht tun, wußte man nicht, wie man es tun sollte, oder konnte man es nicht tun«, weil man eine Gefährdung des Demokratisierungsprozesses befürchtete.³¹

Die Zentrums-Politiker hatten im Laufe ihrer Amtszeit nicht einmal eine formale Unterordnung der Armee unter die Entscheidungsgewalt der politischen Führung erwirkt. Auf Disziplinverstöße und Interventionsversuche von Militärangehörigen hatten sie mit so schwachen Sanktionen reagiert, daß diese eine Verstärkung demokratiefeindlicher Angriffe bewirkten. Lediglich mit einer ersten Reform des *Código de Justicia Militar*³² sowie gesetzlichen Regelungen zur Neuordnung der uniformierten Polizei waren zaghafte Versuche unternommen worden, den Streitkräften Macht zu entziehen. Die anvisierte »Professionalisierung« des Militärs wurde im Sinne eines beruflichen Status und nicht als Entwicklungsprozeß hin zu diskursiven Verhaltensmustern verstanden.³³ Die von den UCD-Regierungen eingeleiteten Reformmaßnahmen hatten folglich so gut wie keine Rückwirkungen auf die Verhältnisse in den Kasernen.

30 Zu den Problemen, welche die Einbindung des Militärs in den Demokratisierungsprozeß in Spanien bereitete, vgl. Labatut: *Renaissance* (Anm. 14).

31 Vgl. Busquets: »Fuerzas Armadas« (Anm. 3), S. 25.

32 Dadurch wurden Soldaten von der Verpflichtung entbunden, Befehle zu befolgen, die sich gegen den Geist der Verfassung richten.

33 Das belegt eine Analyse der 1978 überarbeiteten »Ordenanzas« von Jesús Martínez Paricio: *Para conocer a nuestros militares*. Madrid 1983, S. 128f.

Auch die 1982 angetretene PSOE-Regierung verzichtete auf die Durchführung einer schnellen und einschneidenden Militärreform. Sie bemühte sich zwar darum, die Stäbe der Teilstreitkräfte, die Führung der Geheimdienste und wichtige ministerielle Abteilungsleiter-Positionen mit Offizieren zu besetzen, die gegenüber den demokratischen Institutionen aufgeschlossen waren. Aber auf eine systematische Förderung demokratisch gesinnter Offiziere wurde mit Rücksicht auf die konservative Fraktion verzichtet.

Nahezu unkontrolliert agierte das Militär bis Ende der achtziger Jahre im Bereich der Traditionspflege und der Ausbildung. Zwar waren nach Antritt der PSOE-Regierung in der Traditionspflege einige Modifizierungen vorgenommen worden.³⁴ Auch hatte man Redaktionsräte militärischer Zeitschriften, deren Aktivitäten sich als zu offen demokratiefeindlich erwiesen, ausgetauscht. Aber gleichzeitig wurden demokratisch gesinnte Militärangehörige durch die Neutralitätsverpflichtung und das Verbot politischer Meinungsäußerung gehindert, für ihre Positionen ein öffentliches Forum zu finden. Die *Academia General Militar*, Hauptproduzentin tradiert, reaktionär-romantizistischer Sinnwelten, wurde nicht geschlossen, und die Ausbildungsinhalte wurden während der achtziger Jahre kaum angetastet. In ideologischer Hinsicht blieb die Armee also weitgehend sich selbst überlassen. Die Reformpolitik zielte nicht auf einen raschen Mentalitätswandel, sondern in erster Linie darauf, Ruhe im Militär zu bewahren. Die Militärreformen der demokratischen Regierungen bewegten sich in einem grundlegenden Dilemma: Man ging davon aus, daß Veränderungen im Selbstverständnis aus der Armee selbst heraus in Gang gesetzt werden müßten, anstatt von außen aufgesetzt zu werden;³⁵ man wurde dabei aber mit der relativen Wandlungsunfähigkeit der militärischen Institution konfrontiert.

Erst ab Mitte der achtziger Jahre begannen Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums, angeregt durch militärsoziologische Diskussionen des *Comité Fuerzas Armadas y Sociedad*, im Rahmen des II. spanischen Soziologie-Kongresses konkretere Überlegungen für eine Ausbildungsreform anzustellen. Sie galt als »heißes Eisen«, wurde immer wieder verschoben und als letzte aller »Modernisierungsmaßnahmen« eingeleitet. Erst 1989 wurden gegen vehemente Widerstände konservativer Offiziere gesetzliche Rahmenbedingungen entworfen, die gewährleisten sollten, daß die Ausbildung von Offizieren nicht mehr unter Bedingungen sozia-

34 So wurde das franquistische Wappen auf der militärischen Flagge durch das neue Wappen Spaniens ersetzt. Die Gedenkfeiern zum Todestag Francos und des Falange-Führers José Antonio Primo de Rivera wurden durch einen Gedenktag zur Entdeckung Amerikas und zum Jahrestag der Verabschiedung der Verfassung ersetzt. Außerdem wurden die Namen der Bürgerkriegsidole, zumindest offiziell, aus den Kasernen verbannt.

35 Vgl. Carlos Bruquetas: *Perceptions, Roles and the Generation Gap within the Spanish Armed Forces during the Transition to Democracy*. Vortragsmanuskript für das schwedische Institut für Internationale Angelegenheiten, September 1989, S. 8.

len und ideologischen Selbstabschlusses vonstatten ging. Die *Ley Reguladora de Régimen del Personal Militar Profesional (Ley 19/1989 de 19 de julio)* ebnete schließlich den Weg für eine Modernisierung der Lehrpläne und ermöglichte die Einbeziehung ziviler Lehrkräfte in den militärischen Lehrbetrieb. Umgekehrt können Offiziersanwärter im Rahmen ihrer Ausbildung an militärischen Hochschulen auch Kurse an zivilen Universitäten besuchen. Die Federführung bei der Gestaltung der Inhalte wurde dem Erziehungsministerium übertragen. Das Gesetz wurde von demokratisch gesinnten Offizieren als nicht weitreichend genug kritisiert, weil es keine klaren Richtlinien zur Ausbildung des Lehrpersonals und zur Gestaltung der Curricula enthält.³⁶ Von konservativen Befehlshabern wiederum wurde es als Angriff auf die »Identität der Streitkräfte« empfunden und massiv angefeindet.

Im Verlauf des Jahres 1991 trat die vom Ministerium ausgearbeitete Reform schließlich in die Phase der Umsetzung. Auf die konkrete, alltägliche Ausbildungspraxis hatte sie sich, informellen Äußerungen von Mitarbeitern des CESEDEN zufolge, auch 1992 noch nicht ausgewirkt, und sie konnte allenfalls ab 1993 erste Wirkungen zeitigen. So entsprach mehr als fünfzehn Jahre nach den ersten demokratischen Parlamentswahlen und nachdem sich die spanische Gesellschaft in rasantem Tempo verändert hatte, die Sozialisation weiter Teile des Berufsmilitärs noch immer den Disziplinvorstellungen, Wertmaßstäben und Führungsstilen aus vordemokratischen Zeiten. Dies brachte besondere Antagonismen und Legitimationsschwierigkeiten mit sich.

3. Die Akzeptanzprobleme in der Gesellschaft und der Dissens über das Rekrutierungssystem: Auslöser für eine Selbstverständniskrise in der Armee

Aus Einstellungserhebungen, die in Form von Umfragen von den unterschiedlichsten Forschungseinrichtungen in Spanien in großer Zahl durchgeführt wurden, geht hervor, daß die spanische Bevölkerung während der achtziger und frühen neunziger Jahre dem Militärischen mehrheitlich außerordentlich reserviert gegenüberstand.³⁷ So genossen zum Beispiel zivildienstleistende Kriegsdienstverweigerer höhere gesellschaftliche Wertschätzung als Militärangehörige. Seit Ende der achtziger Jahre entzog die Mehrheit der Bevölkerung dem Rekrutierungssystem der allgemeinen Wehrpflicht die Zustimmung. Das Akzeptanzdefizit hatte im EU-Vergleich besondere Ausmaße angenommen: Zwischen zwei Dritteln und drei

36 Vgl. dazu den Kommentar eines demokratisch engagierten Oberstleutnants der Reserve, José de Delàs: »Nueva ley« (Anm. 20).

37 Vgl. dazu ausführlich Fischer: *Spaniens ungeliebtes Militär* (Anm. 11), S. 69ff.

Vierteln aller Spanier und Spanierinnen lehnten die Wehrpflicht ab und votierten für eine Berufsarmee. Die Ablehnung erklärte sich aus mehreren Faktoren:

Aus einem gesellschaftlichen Wertewandel, der – wie auch in anderen Teilen Westeuropas in den vergangenen Jahrzehnten zu beobachten – vor allem die jüngeren Generationen ergriff; aus der Hypothek als innenpolitischer Unterdrückungsapparat in Zeiten der Diktatur, womit die Armee weiterhin behaftet blieb; aus den eingangs geschilderten antidemokratischen Traditionen und Aktivitäten des Militärs während der *transición*; aus der Empörung über unzureichende hygienische und soziale Bedingungen sowie Menschenrechtsverletzungen (sogenannte *novatadas* durch Dienstältere und Machtmißbrauch durch Vorgesetzte), denen die Rekruten in den Kasernen ausgesetzt waren – diese Mißstände wurden während der achtziger und frühen neunziger Jahre verstärkt publik;³⁸ aus dem Legitimitätsdefizit des Nationalstaats in einigen Landesteilen.

Dem letztgenannten Faktor kam herausragende Bedeutung zu: Die Ablehnung der Wehrpflicht war – wie auch die Skepsis gegenüber der NATO-Mitgliedschaft, gegenüber erhöhten Militärausgaben oder gegenüber der Institution Militär insgesamt – in den autonomen Regionen Katalonien und Baskenland überdurchschnittlich ausgeprägt. In jenen Landesteilen wurde und wird die negative Haltung gegenüber der Armee noch durch regional-nationalistische Überzeugungen und Identifikationsmuster verstärkt. Der Dienst im Militär des Zentralstaates ist schon von daher verpönt, weil er als Verrat an der »eigenen Sache«, an der eigenen »Nation« gilt. Man kann davon ausgehen, daß die 12% der baskischen Wähler und Wählerinnen, welche bei den vergangenen Wahlen die ETA-nahe Partei Herri Batasuna wählten und für einen eigenständigen baskischen Staat eintreten, die spanische Armee in ungebrochener Kontinuität der Erfahrungen während der Franco-Zeit weiterhin als Disziplinierungsinstrument oder sogar als Besatzungsmacht empfinden. In Katalonien existiert keine so scharfe Unabhängigkeitsbewegung wie im Baskenland, und die Konfrontation mit der Armee fällt folglich weniger kraß aus. Aber das regionale Selbstbewußtsein geht dort ebenfalls mit einer langjährigen Repressionserfahrung und dementsprechend mit verbreiteter Unlust einher, sich für den Dienst im Gewaltapparat des Zentralstaats verpflichten zu lassen. Es ist kein Zufall, daß seit der Nationalstaatsgründung bzw. seit der Einführung eines stehenden Heeres in Spanien das Gros des Militärpersonals aus zentralspanischen Regionen, vor allem aus Kastilien und Madrid kam, während

38 Physische und psychische Mißhandlungen durch Dienstältere und Vorgesetzte, mangelnde Rechte für Rekruten, häufige Unfälle an Waffen und Gerät, besorgniserregende Bedingungen in den Militärgefängnissen und Ausbeutung von Rekruten als billige Arbeitskräfte für Offiziere waren die Spitzen der Mißstände, die der *Defensor del Pueblo*, der parlamentarische »Ombudsman«, in seinen Berichten zu Beginn der neunziger Jahre immer wieder anprangerte.

die Bereitschaft zum Militärberuf in Katalonien und dem Baskenland traditionell verschwindend gering ausgeprägt war.

Nur vor dem Hintergrund dieser Details wird verständlich, weshalb sich Spanien nach Einführung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung im Verlauf der achtziger Jahre im EG-Vergleich mit seiner Verweigerer-Quote vom Schlußlicht an die Spitze setzte und seit 1993 – zusammen mit der Bundesrepublik – in Führung liegt. Nach Einführung des Rechts auf Verweigerung war die Quote von zunächst 1,15 % (gemessen an der Zahl der für tauglich befundenen Wehrpflichtigen) Jahr für Jahr rasant angestiegen, bis sie sich 1994 und 1995 auf knapp 32 % einpendelte. Die enorme Steigerung ging mit einer regelrechten Kriegsdienstverweigerungsbewegung einher, in der Totalverweigerer (*insumisos*) und ersatzdienstbereite Verweigerer eng zusammenarbeiteten.³⁹ Die Bewegung erhielt breite Unterstützung aus der Bevölkerung sowie von meinungs- und wertebildenden Instanzen und war Ausdruck und zugleich Motor des gesellschaftlichen Akzeptanzdefizits gegenüber der Wehrpflicht.

Seit Ende der achtziger Jahre wurde in heftigen innenpolitischen Debatten um das Militär gestritten. Auch die parlamentarischen Oppositionsparteien nahmen sich des Themas an: Im Zuge der Diskussion um die Novelle des Militärdienstgesetzes entwickelte sich die Frage der Dauer der *mili* 1989 zum Wahlkampfthema. Trotz der Verlagerung des Streits auf diesen Nebenschauplatz zeichnete sich schon damals über eine zentrale militärpolitische Frage, nämlich über das Rekrutierungssystem, ein Dissens unter den verschiedenen im Parlament vertretenen politischen Gruppierungen ab. Das Linksbündnis *Izquierda Unida* (IU) und einige regionalistische Parteien forderten die Einrichtung einer Freiwilligen- bzw. Berufsarmee mit defensivem Charakter. Der *Centro Democrático y Social* (CDS) wünschte die Einrichtung einer Freiwilligen- und Berufsarmee in einem Zeitraum von vier Jahren und für die Übergangszeit eine drastische Reduzierung des Militärdienstes bis auf drei Monate. Teile des konservativen *Partido Popular* (PP) und auch die katalanische *Convergència y Unió* (CiU) standen ebenfalls im Grundsatz einer Veränderung des Rekrutierungssystems aufgeschlossen gegenüber. Unter den Kritikern der Wehrpflicht befanden sich zum einen Akteure, die mit der Abschaffung der Wehrpflicht eine Umorientierung hin auf Friedens- und Abrüstungspolitik verknüpften. Zum anderen zählten dazu aber auch Strategen und Entscheidungsträger, die damit in erster Linie eine Effektivierung, Rationalisierung und Modernisierung der Armee anstrebten. Der PSOE hielt unerbittlich an der Wehrpflicht fest, strebte aber deren Verkürzung an. Es gelang der PSOE-Fraktion nach monatelangen Debatten schließlich, sich die Unterstützung des PP

39 Zur zahlenmäßigen Entwicklung der Kriegsdienstverweigerung und zur Entstehung der Bewegung sowie ihrer Trägerorganisationen vgl. ausführlich Fischer: *Spaniens ungeliebtes Militär* (Anm. 11), S. 149ff., und dies.: »KDV in Spanien«, in: 4/3 Nr. 3/1995, S. 94ff.

zu sichern und damit die parlamentarische Mehrheit für die Beibehaltung der Wehrpflicht bei einer Verkürzung des Militärdienstes von zwölf auf neun Monate zu erringen. Gleichzeitig wurde eine Erhöhung des Freiwilligenanteils gegenüber dem Wehrpflichtigenanteil, d.h. ein sogenanntes »gemischtes« Rekrutierungsmodell von 50% Wehrpflichtigen und 50% Freiwilligen bzw. Berufssoldaten, beschlossen.

Unter dem Eindruck der Krise im Persischen Golf und der Entsendung spanischer Marineeinheiten zur Embargosicherung gegen den Irak intensivierte sich 1991 die öffentliche Debatte um das Rekrutierungssystem erneut. Experten aus Jugendverbänden und wissenschaftlichen Einrichtungen, Intellektuelle und Publizisten stellten die Anerkennungswürdigkeit der Wehrpflicht in Frage und begegneten Kriegsdienstverweigerern mit Sympathie. Außerdem zeigte sich, daß eine liberale Strömung in der Justiz, nämlich Angehörige von Juristenverbänden, Richter und Richterinnen sowie Staatsanwälte und Staatsanwältinnen, alle rechtlichen Spielräume ausnutzten, um in Verfahren gegen Totalverweigerer größtmögliche Milde walten zu lassen. Zwar füllten manche Gerichte – einer Direktive des Generalstaatsanwalts folgend – harte Urteile mit dem Ziel der Abschreckung. Andere wiederum verhängten ein Strafmaß unter einem Jahr und inhaftierten Verweigerer, wenn überhaupt, bei offenem Strafvollzug. Einige Gerichte erteilten Freisprüche. Vor allem im Baskenland und in Katalonien wahrten viele eine liberale Praxis. Der wechselvolle Umgang mit der Totalverweigerung fand seine Entsprechung in einer gegensätzlichen Haltung der zuständigen Ministerien. Während im Justizministerium lange Zeit eine liberale Strömung für ein moderates, auf Entkriminalisierung bedachtes Vorgehen eintrat, plädierte das Verteidigungsministerium für eine harte Linie. Es nahm damit Rücksicht auf die Sensibilitäten des Militärs, das sich durch jegliche gesellschaftliche Zurückweisung in seinem Selbstverständnis massiv in Frage gestellt sieht.

Die Verweigererorganisation MOC errechnete für das Jahr 1995 insgesamt etwa 12.000 junge Männer, die seit Beginn der Totalverweigererkampagne vor sieben Jahren verweigert haben. Etwa die Hälfte von ihnen stammt aus der baskischen Region.⁴⁰ Eine effektivere Abschreckung erhofften sich die Behörden schließlich von einer Reform des Strafrechts. Eine veränderte Fassung des *Código Penal*, die 1986 in Kraft trat, sieht unter anderem vor, Totalverweigerern in Zukunft für zehn Jahre den Zugang zu Stellen im öffentlichen Dienst, zu Stipendien etc. zu versperren. Als unmittelbare Folge davon war zunächst ein weiterer überdurchschnittlicher Anstieg der Verweigereranzahl im Jahre 1996 zu verzeichnen: Zahl-

40 Nicht alles, was dort unter dem Etikett des »Antimilitarismus« anzutreffen ist, vertritt pazifistische Ziele. Gleichwohl ist gerade in der baskischen Region eine pazifistische Strömung entstanden, die auf den Terror seitens der ETA wie auch die gewaltsame Repression von staatlicher Seite gleichermaßen mit Ablehnung reagiert.

reiche Jugendliche, die noch gar nicht zum Militärdienst einberufen wurden, bemühten sich, ihre Totalverweigerung möglichst noch vor dem Inkrafttreten des neuen Strafrechts zu verkünden, das von ihnen als wesentlich repressiver wahrgenommen wird als das bisherige. Kurzfristig führte die Ankündigung neuer Sanktionen also zunächst zu einer Überfüllung der Justizvollzugsanstalten, vor allem im Baskenland, und vermochte die Totalverweigererbewegung bislang nicht zu paralisieren.

Das gesellschaftliche Akzeptanzdefizit und die rasante Ausbreitung der Kriegsdienstverweigerung lösten bei den Streitkräften gravierende Selbstverständnisprobleme aus. Im Offizierskorps des Heeres nahmen diese regelrecht krisenhafte Züge an. Teile des Militärs reagierten mit der Ausbildung von Lagermentalität und konfrontativen Einstellungen gegenüber der sich verändernden Gesellschaft.⁴¹ Für einen Großteil der Befehlshaber bildete der zentralstaatliche Nationalismus schließlich weiterhin das Fundament ihres Selbstverständnisses. Ein relevanter Teil, vor allem der Offiziere des Heeres, sah die wichtigste Aufgabe der Armee weiterhin in der Abwehr »innerer Bedrohungen« und fühlte sich außerdem dazu berufen, die Gesellschaft über die allgemeine Wehrpflicht gegen diese Bedrohungen zu immunisieren: Mit Hilfe des Militärdienstes der jungen Männer sollten die Spanier und Spanierinnen wieder auf den rechten Weg gebracht und der Veränderung des Wertegefüges entgegengewirkt werden. Gleichzeitig wurde die militärische »Schule für das Leben« aber als außerhalb der Gesellschaft angesiedeltes, eigenständiges Gebilde begriffen. Viele Militärangehörige erhoben die Armee weiterhin gewissermaßen zu einer Art »Staat im Staate« und reagierten mit einer Zementierung des Selbstabschlusses gegenüber der zivilen Gesellschaft.

In den zentralen Tugenden und Werthaltungen, denen sich viele Angehörige des Offizierskorps bis in die frühen neunziger Jahre hinein verpflichtet fühlten, trat die mentale Abschottung besonders drastisch zutage. Teile des Militärs fühlten sich »höheren Werten« verpflichtet, die über den politischen Satzungen und Institutionen der gegenwärtigen Gesellschaft angesiedelt waren, und für die sie ewige Geltung beanspruchten. Ihre Loyalität galt transzendentalen Größen wie Gott und religiösen Überzeugungen. Auf Infragestellungen dieser Orientierungen durch das veränderte gesellschaftliche Wertegefüge reagierten sie mit der Betonung vormoderner Legitimationsmuster in Gestalt mittelalterlicher Heldenideale oder Todesverklärung und verstärkten damit die Kluft zwischen Militär und Gesellschaft weiter.

41 Dies ergibt eine Analyse der relevanten Artikel, in denen sich Befehlshaber in den Zeitschriften der Stäbe der drei Teilstreitkräfte im Zeitraum 1982-1992 zu Fragen des Verhältnisses von Militär und Gesellschaft äußerten. Vgl. dazu ausführlich Fischer: *Spaniens ungeliebtes Militär* (Anm. 11), S. 214ff.

Das in Spanien traditionell schwierige Verhältnis zwischen Militär und Gesellschaft war also während der achtziger und frühen neunziger Jahre weiterhin von starken Spannungen geprägt. Einer an Militär, Rüstung und Sicherheitspolitik besonders desinteressierten Gesellschaft stand eine Armee gegenüber, deren Offizierskorps besonders konservative Züge aufwies und deren Weltbild außerordentlich stark von militärischen Ordnungsvorstellungen geprägt war. Die ideologischen Überzeugungen der Armee hatten sich nicht im Gleichschritt mit dem übergeordneten Wertegefüge der Gesellschaft verändert. Diese Ungleichzeitigkeit stellte das Verteidigungsministerium als ausführendes Organ von Militär- und Sicherheitspolitik vor große Herausforderungen.

4. Das Bemühen des Verteidigungsministeriums um eine Verbesserung der zivil-militärischen Beziehungen: Werbefeldzüge mit begrenzter Wirkung

Die politischen Entscheidungsträger betrachteten es als Herausforderung, einer wachsenden Distanz zwischen Militär und Gesellschaft entgegenzuwirken. Sie suchten nach Möglichkeiten, der Armee Akzeptanz zu verschaffen und bemühten sich gleichzeitig, vermittelt über die Zuweisung neuer Aufgaben, Sinnstiftung für das Militär zu leisten. Das Verteidigungsministerium war bestrebt, mit einer Fülle von PR-Aktivitäten das Image der Armee zu verbessern und das Offizierskorps aktiv in die Sympathiewerbung einzubinden. Dabei wurde vor allem auf häufige Begegnungen von Militärangehörigen und Zivilisten Wert gelegt. Gleichzeitig versuchte man die Armee unter dem Motto der »Professionalisierung« für die Umsetzung militärpolitischer Maßnahmen zu gewinnen, welche Mißstände beseitigen und die Strukturen der Institution von allzu offensichtlicher Verkrustung befreien sollten. Die Bereitschaft des Berufsmilitärs zur Effektivierung und Modernisierung von Organisationsstrukturen und Führungsstilen wurde zur Voraussetzung einer Prestigesteigerung der Institution erklärt.

Parallel dazu wurden intensive Anstrengungen zur Rekrutenwerbung unternommen: Das Verteidigungsministerium führte über Jahre hinweg intensive Werbekampagnen durch, mit denen die Akzeptanz des Wehrdienstes gesteigert und überdies Freiwillige geworben werden sollten. Der Militärdienst wurde zur Startposition für die Verbesserung der Chancen auf dem zivilen Arbeitsmarkt stilisiert, die Armee zum sicheren Arbeitsplatz oder zum Forum für individuelle Entfaltungsmöglichkeit, für Abenteuer, sportliche Grenzerfahrungen, Selbstverwirklichung und Kollegialität. Die Darstellungen suggerierten aber auch die Angleichung der militärischen an die zivile Lebenswelt und die Abkehr vom antiquierten Männerbund: Seit der Verabschiedung des *modelo mixto* und der Öffnung der Armee

für Frauen richteten sich die Werbekampagnen auch an diese mit Versprechen von gleichberechtigten Karrierechancen. Außerdem wurden dem Militär Funktionen zugewiesen, die – so erklärte das Ministerium – der Gesellschaft zugute kämen: im Bereich der inneren Sicherheit und im Katastrophenschutz. Die Streitkräfte wurden zudem als Hüter von Biotopen und Naturreservaten und im Dienste der Forschung für ökologische Zwecke ausgebildet. Auch das Bild der Armee als »Motor des Fortschritts« wurde zu einem wichtigen Legitimationsargument. Das Militär erhielt damit Betätigungsfelder zugewiesen, die eine hohe oder steigende gesellschaftliche Wertschätzung genießen.

Auch auf internationaler Ebene wurden der Armee seit Mitte der achtziger Jahre neue Aufgaben und Einsatzfelder, vor allem im Rahmen von friedensschaffenden und friedenserhaltenden Maßnahmen der UNO und bei der Überwachung von Abrüstungsabkommen, übertragen. Die Armee präsentierte sich als Organisation, die sich weltweit für Frieden, Abrüstung und Menschenrechte engagiert. Anfang der neunziger Jahre verlagerte sich der Schwerpunkt der Präsentation vollends auf Einsätze im Rahmen von humanitären und friedenserhaltenden Maßnahmen der Vereinten Nationen. Das Verteidigungsministerium bemühte sich um die medienwirksame Darstellung spanischer Offiziere bei der Überwachung des Abzugs kubanischer Truppen aus Angola (UNAVEM), bei der Beobachtung des Entkolonialisierungsprozesses in Namibia (UNTAG) und als Wahlbeobachter in Haiti. Der Überwachung des Friedensprozesses in Mittelamerika (ONUCA), die unter Führung spanischer Offiziere erfolgte, wurde besonders große Aufmerksamkeit gewidmet. Die »neuen Missionen« begründete Verteidigungsminister Narcis Serra mit einer »Bereicherung der beruflichen Inhalte und Verhaltensmuster« der Streitkräfte.⁴²

Schiffe und Einheiten der *Armada* waren an der Überwachung des Embargos gegen den Irak nach der Besetzung Kuwaits beteiligt. Dieser öffentlich umstrittene Einsatz spanischer Verbände wurde von offizieller Seite mit der Notwendigkeit zur Überwindung der »Isolierung« Spaniens begründet. Ministerpräsident González griff darüber hinaus die in Spanien verbreitete Skepsis gegenüber den USA auf und gab an, man wolle verhindern, »daß ein einziger Weltpolizist im Alleingang alle Konflikte löst«.⁴³ Der sicherheitspolitische Diskurs wurde fortan wesentlich von dem Hinweis auf die Verpflichtung zur Übernahme internationaler »Verantwortung« beherrscht. Auch das Argument, internationale Militäreinsätze vergrößerten Spaniens Ansehen in der Welt, war häufig zu hören.

42 Ansprache anlässlich der »Pascua Militar« im Januar 1991, in: *Revista General de la Marina*, Februar 1991, S. 221.

43 Vgl. *El País* v. 20.11.1990. Die Äußerung erfolgte ursprünglich gegenüber *Le Monde* am 19.11.1990.

Heeresinfanterie und Fallschirmspringerbrigaden waren anschließend bei humanitären Einsätzen zur Versorgung der vom irakischen Diktator verfolgten kurdischen Flüchtlinge im Rahmen des alliierten Programms »Provide Comfort« 1991 dabei. Die Mitwirkung spanischer Verbände an den mit der WEU abgestimmten Einsätzen der UNPROFOR in den umkämpften Gebieten des ehemaligen Jugoslawien und die Entsendung spanischer Marineeinheiten zur Überwachung des Handelsembargos gegen Serbien und Montenegro in die Adria, die Beteiligung an der Luftbrücke für Zagreb und Sarajevo, die Entsendung von Angehörigen der »Legion« als Blauhelmsoldaten zur Versorgung der Zivilbevölkerung nach Bosnien-Herzegowina und schließlich die von der UNO legitimierten Einsätze von NATO-Verbänden im ehemaligen Jugoslawien wurden jeweils von namhaften Journalisten begleitet und von den spanischen Massenmedien außerordentlich positiv gewürdigt. Die beteiligten Soldaten galten fortan als »Helden von Bosnien« oder als »Friedensengel von Sarajevo«, die sich im Kampf für die Menschenrechte und gegen ethnische Säuberung aufopferten.⁴⁴

Die intensiven Werbeanstrengungen des Verteidigungsministeriums trugen vermutlich dazu bei, Rekrutierungsprobleme zu mindern und das Ansehen der Armee bei Teilen der Bevölkerung auf einer abstrakten Ebene zu verbessern. Während die Militärbehörden in den achtziger Jahren erhebliche Probleme hatten, ihr schmales Freiwilligenkontingent zu füllen, verzeichneten sie Mitte der neunziger Jahre mehr Anwärter und Antwärterinnen, als freie Plätze vorhanden waren.⁴⁵ Dazu haben natürlich auch finanzielle Anreize für Freiwillige beigetragen. Vor dem Hintergrund defizitärer Ausbildungschancen sowie eines weiterhin unzureichenden Bildungssystems und angesichts zunehmender Engpässe auf dem zivilen Arbeitsmarkt ist zu erwarten, daß die Werbemaßnahmen des Ministeriums bei den »Modernisierungsverlierern«, das heißt bei Jugendlichen, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden und über keine Alternativen verfügen, auch in Zukunft verstärkt auf Resonanz stoßen.

Gleichwohl vermochten die Werbemaßnahmen des Ministeriums den Trend zur Kriegsdienstverweigerung nicht zu bremsen. Zwar hat die Verweigerer-Quote in den vergangenen drei Jahren nicht mehr so rasant zugenommen wie in dem vorangegangenen Jahrzehnt, sie blieb aber mit über 30% auf hohem Niveau.⁴⁶ Die Abneigungen gegen das Rekrutierungssystem, die aus dem veränderten Wertgefüge und vor allem aus dem Legitimitätsdefizit des Nationalstaats entsprin-

44 Vgl. beispielhaft für das positive Presseecho den Bildbericht in *El País Semanal* 125 v. 11.7.1993, S. 20f.

45 Vgl. dazu ausführlich Ministerio de Defensa: *Memoria de la V Legislatura (1993-1996)*. Madrid 1996, S. 202ff.

46 Berechnungen von KEM-MOC, Bilbao, die in etwa den von den staatlichen Stellen ausgegebenen Zahlen entsprechen.

gen, sind weiterhin virulent. Negative Einstellungen gegenüber dem Gewaltapparat des Zentralstaats erhielten zusätzliche Nahrung im Zuge der Enthüllungen von kriminellen Machenschaften der »Antiterroristischen Befreiungsgruppen« (GAL), die Mitte der achtziger Jahre 28 echte und 28 vermeintliche Mitglieder der Untergrundorganisation ETA umbrachten. Höchststrichterliche Untersuchungen förderten immer mehr Indizien zutage, denen zufolge die Banden aus dem Madrider Innenministerium heraus geführt wurden. Ranghohe Offiziere der »Vierten Teilstreitkraft«, der *Guardia Civil*, waren in diese Aktivitäten verstrickt, und hohe Politiker der Madrider Zentrale haben sie augenscheinlich gebilligt. Dieser Skandal bestätigte für viele die Wahrnehmung, daß der spanische Staat mit gewaltsamer Repression gegen den »baskischen Befreiungskampf« zu Felde ziehe. Auch Beweise über andauernde Folter an ETA-Angehörigen in spanischen Gefängnissen passen in dieses Bild.

Die spanische Gesellschaft ist weiterhin, wie schon in den achtziger Jahren, in ihrer Einstellung gegenüber dem Militär gespalten. Einer Umfrage des CIS vom März 1994 zufolge hatten 37% eine gute oder sehr gute Meinung von der Armee, 31% eine indifferente und immerhin 20% weiterhin eine schlechte bis sehr schlechte Meinung. Im Baskenland fiel das Verhältnis krasser aus: Nur 18% hatten eine gute bis sehr gute Meinung, 24% eine indifferente Haltung und eine deutliche Mehrheit von 45% eine sehr schlechte oder schlechte Meinung von der Armee. In Katalonien lag das Verhältnis bei 25%:37%:28%.

In Meinungsumfragen der vergangenen Jahre bewertete eine knappe Mehrheit der Befragten die Einsätze der spanischen Soldaten im ehemaligen Jugoslawien zunehmend als positiv – mit der Einschränkung, es müsse gewährleistet werden, daß die Soldaten bei diesen Einsätzen kein Risiko für ihr Leben eingehen. Die Beteiligung spanischer Soldaten an der militärischen Sicherung des Dayton-Abkommens wurde von der Gesellschaft nicht in Frage gestellt. Allerdings bezieht sich die mehrheitliche Zustimmung immer auf die Entsendung von Freiwilligen und Berufssoldaten. Weiterhin tritt eine deutliche Mehrheit für eine Freiwilligenarmee und für die Abschaffung der Wehrpflicht ein. Die seit der Entsendung spanischer Marineverbände in den Persischen Golf 1991 durchgeführten Meinungsumfragen verdeutlichten immer wieder: Unter den Bedingungen einer außenpolitischen Orientierung, die es erfordert, Truppen in entfernte Krisengebiete zu entsenden, ist die allgemeine Wehrpflicht nicht mehr legitimierbar.

5. Die spanische Armee am Vorabend des 21. Jahrhunderts: Supranationale Einsätze und der Umbau des Rekrutierungssystems

5.1 Vollendung der Bündnis-Integration und Orientierung auf weltweite Einsatzfelder

Angehörigen der Luftwaffe und Marine fiel es von Anfang an leichter als den Heeresoffizieren, die Bündnisorientierung zu unterstützen. So machte der 1984 als militärischer Berater des Verteidigungsministers ins Amt des JEMAD berufene Admiral Angel Liberal Lucini aus seiner eindeutigen Haltung für den Verbleib im Bündnis keinen Hehl und trat Neutralitätsforderungen energisch entgegen.⁴⁷ Die Stäbe von Luftwaffe und Marine traten, nicht zuletzt in der Erwartung einer durchaus erwünschten Angleichung der waffentechnischen Ausrüstung an westeuropäisches Niveau, für eine NATO-Integration ein. Die Führung des Heeres hingegen war in der ersten Hälfte der achtziger Jahre in dieser Frage gespalten. Stabschef Munilla ging zwar ebenfalls davon aus, daß es keine Alternative zur NATO-Einbindung gebe.⁴⁸ Seine Ausführungen belegten aber gleichzeitig, daß Kränkungen angesichts der Isolierung und des Ausschlusses der spanischen Armee aus der NATO seitens der westeuropäischen Mitgliedstaaten während der Diktatur nachwirkten. Diese Kränkungen und die fortgesetzte Skepsis gegenüber den demokratischen Gesellschaftssystemen Westeuropas hatten zur Zurückhaltung eines Teils der Heeresoffiziere gegenüber der NATO-Einbindung beigetragen. Die Ablehnung resultierte auch aus der Befürchtung, daß dem Heer in der Bündniszusammenarbeit eine drittrangige Bedeutung hinter der Luftwaffe und Marine zukommen würde – eine Erwartung, die sich nicht nur angesichts der Prioritätensetzungen in der Ausrüstung, sondern auch bei der Besetzung der wichtigsten Position des JEMAD bestätigte.⁴⁹

Die Befürworter der NATO-Mitgliedschaft unter den Offizieren hatten zur Erfüllung der von ihnen als zentral erachteten Aufgaben nichts gegen eine militärische Integration in die Kommandostruktur einzuwenden gehabt. Sie hatten sich

47 So bei einer Konferenz in der *Academia General Militar* in Zaragoza, vgl. *El País* v. 27.10.1985.

48 Er kam zur Überzeugung, daß eine bewaffnete Neutralität zu kostspielig sein würde und eigene Atomwaffen erfordere. Vgl. Heeres-Stabschef Eduardo Munilla: »El ejército español y la OTAN«, in: *Ideas para la Democracia* 1, 1984, S. 333-342. Eine Nicht-Pakt-Gebundenheit verleihe Spanien einen »Dritte Welt«-Status. Vgl. Eduardo Munilla: *Introducción a la estrategia militar española*. Madrid 1984, S. 221ff.

49 In dieses Amt, dem unter anderem auch die Verhandlung und Unterzeichnung der Übereinkünfte über den spanischen Beitrag im NATO-Bündnis oblagen, wurden im Laufe eines Jahrzehnts sozialistischer Regierungsverantwortung nur Kommandeure von Marine und Luftwaffe berufen. 1992 kam erstmals ein Heeresbefehlshaber zum Zuge.

allerdings einen eigenen spanischen Oberbefehl über die Achse Kanarische Inseln – Meerenge von Gibraltar – Balearen erhofft, der ihnen verwehrt blieb.⁵⁰ Trotzdem verlief die Übernahme von Funktionen im Rahmen der westlichen Verteidigungsplanung für Marine und Luftwaffe im westlichen Mittelmeer und Atlantik relativ reibungslos. Spanische Luftwaffen- und Marineverbände erhielten fortan auf einem gesonderten Befehlsweg von den NATO-Kommandobehörden Aufgaben zugewiesen, die sie selbständig ausführen konnten: Zur Durchführung militärischer Operationen unter nationalem Oberbefehl wurde den spanischen Streitkräftenverbänden ein »operational command« übertragen, während sie gleichzeitig dem »operational control« des NATO-Oberbefehlshabers unterstellt blieben.⁵¹

Die Einbindung des Heeres stieß auf größere Hindernisse. Die Anbindung Spaniens an die Allianz sah zunächst keine Bereitstellung von Heereseinheiten für den Kriegsfall jenseits des spanischen Territoriums vor. Es ergaben sich somit für Heeresangehörige kaum Referenzpunkte für eine Legitimation durch Bündnisorientierung.

Noch während der achtziger Jahre war eine verbindliche, kollektiv sinnstiftende Selbstverständniskonzeption im spanischen Berufsmilitär nicht gegeben. Konzepte, die von Militärsoziologen mit dem Typus des »Managers« und »technischen Experten« bezeichnet wurden, waren in der Luftwaffe und Marine deutlich stärker ausgebildet als im Heer. Auch die Ausrichtung auf sogenannte äußere Bedrohungen hatte während der achtziger Jahre keine einheitliche Sichtweise über die Aufgaben und Einsatzfelder der Armee, sondern ganz heterogene Legitimationsmuster hervorgebracht.

Offiziere der Luftwaffe und der Marine reproduzierten weitgehend Begründungsmuster, wie sie auch für die Armeen anderer NATO-Mitgliedstaaten während der Ost-West-Konfrontation typisch waren: Weite Teile des Offizierskorps der Luftwaffe und Marine hatten sich dem in der NATO üblichen Sprachgebrauch der »Verteidigung«, »Abschreckung«, »Friedenssicherung« und »Kriegsverhütung« formal angepaßt. Auch eine Strömung unter den Heeresoffizieren hatte sich dieses Vokabular zu eigen gemacht. Eine relevante Gruppe von diesen betrachtete aber das Konzept der »Abschreckung« und »Friedenssicherung« mit großem Argwohn. Eine wichtige Strömung trat schon während der siebziger Jahre für ein

50 Dem Wunsch spanischer Admiräle nach einem eigenen Oberbefehl im Rahmen der Zonen IBERLANT, BISCLANT, GIBMED und MEDOC wurde angesichts der zu erwartenden Probleme mit Großbritannien und Portugal nicht entsprochen.

51 Weil eine Abhängigkeit von den NATO-Zentren Gibraltar und Portugal inakzeptabel erschien und man spanischen Befehlshabern nicht zumuten wollte, einem ausländischen Kommando unterstellt zu werden, verzichtete man auf eine Einbindung in die Kommandostruktur und wählte eine losere Anbindung. Vgl. dazu Wolfgang Kophamel: *Spanien – Nordafrika: Nationales Interesse und Sicherheitspolitik im Widerstreit*. Arbeitspapier Nr. 30 der Berghofstiftung für Konfliktforschung, Berlin 1988, S. 18.

offensiveres Vorgehen ein, als es die NATO in ihren Augen gewährleistete: Nicht Abhaltung und Verhütung eines Angriffs, sondern der militärische Sieg des Westens über den kommunistischen Block galt als erstrebenswert.⁵²

Die Notwendigkeit der Eindämmung des sowjetischen Expansionsstrebens stand als Aufgabe der Streitkräfte für Offiziere aller Teilstreitkräfte außer Frage. Während eine relevante Strömung unter den Heeresbefehlshabern weiterhin Angriffe des kommunistischen Machtblocks durch subversive Aktivitäten erwartete und im Innern zu bekämpfen suchte, sahen Marine- und Luftwaffenangehörige ihre Bestimmung in der Eindämmung des Kommunismus auf internationaler Ebene. Führende Kommandeure von Luftwaffe und Marine definierten ihre Aufgabe als Ergänzung zur Abschreckung im Rahmen der Ost-West-Konfrontation: Spanische Militäreinrichtungen sollten unterstützende Funktionen als Nachschub- und Logistikkbasis (*retaguardia*) übernehmen. Marineoffiziere charakterisierten aber darüber hinaus schon zu Beginn der achtziger Jahre die Weltlage als »Ressourcen-Krieg«, in dem »der Osten« versuche, dem »Westen« den Zugang zu lebensnotwendigen Rohstoffen zu verwehren. Das Konzept der Verteidigung sei zu modernisieren, um »allen möglichen zukünftigen Konflikten, die sich in strategisch wichtigen Zonen wie etwa Nordafrika oder Zentralamerika entwickeln können«, begegnen zu können, so forderten Befehlshaber der Luftwaffe. Spanischen Einheiten komme die Aufgabe zu, die Handelswege und strategischen Stützpunkte entlang der Achse Kanarische Inseln – Meerenge von Gibraltar – Balearen gegen den Zugriff des sowjetischen Machtblocks zu sichern. Die Abhängigkeit Westeuropas vom maritimen Verkehr bei der Versorgung mit Rohstoffen wurde immer wieder betont und die Straße von Gibraltar als Zone »größter Verwundbarkeit« im Hinblick auf die Versorgung mit Erdöl bezeichnet.

Neben der Eindämmung von Expansionsstreben und Infiltrationen des kommunistischen Blocks fixierte sich ein relevanter Teil der Offiziere in Anknüpfung an koloniale Traditionen in seiner Bedrohungsanalyse primär auf angebliche »Bedrohungen« aus Nordafrika. Sie warnten davor, in einem umfassenderen militärischen Konflikt könne die Sowjetunion Vorteile aus einer spanisch-marokkanischen Auseinandersetzung ziehen. Instabilitäten im Maghreb könnten eine Umorientierung dieser Region von der westlichen Einflußsphäre zum sowjetischen Machtbereich zur Folge haben.⁵³

52 Vgl. dazu Carlos Losada Malvárez: *Ideología del Ejército Franquista: 1939-1959*. Madrid 1990, S. 209ff. und S. 290ff.

53 Wiederholt von der marokkanischen Regierung formulierte Ansprüche auf die spanischen Enklaven Ceuta und Melilla sowie ein zwischen Marokko und Libyen geschlossenes Verteidigungsabkommen lieferten weitere Nahrung für das Argument, Spanien müsse sich gegen Bedrohungen aus dem Süden wappnen. Als solche wurde weniger das marokkanische Regime unter König Hassan II. aufgefaßt – diesem wurden zur »Wahrung der Stabilität« in der Region

Heeresoffiziere drängten besonders nachdrücklich darauf, sich stärker auf die Abwehr von Bedrohungen seitens der Maghrebstaaten zu konzentrieren. Heeres-Stabschef Munilla hatte schon zu Anfang der achtziger Jahre kritisiert, daß sich die NATO zu sehr auf Mitteleuropa und zu wenig auf die Südflanke ausrichtete.⁵⁴ Aber auch Befehlshaber der Luftwaffe hatten seit Beginn der achtziger Jahre gefordert, Spanien müsse ausreichende militärische Kapazitäten aufbauen, um nicht nur die Seewege verteidigen, sondern auch in Nordafrika intervenieren zu können.⁵⁵ Diese Sichtweise setzte sich ab 1984 auch im nationalen Strategieplan *Plan Estratégico Conjunto* (PEC) durch, in dem die Bedrohung durch die Maghreb-Staaten immer vor der Bedrohung durch die Warschauer Vertragsorganisation (WVO) rangierte.

Heeresoffiziere forderten im Zuge der Verhandlungen um die NATO-Anbindung immer wieder eine Verteidigungsgarantie des Bündnisses für Gebiete jenseits des spanischen Festlands, vor allem für die Enklaven Ceuta und Melilla, aber auch für die Kanarischen Inseln. Angesichts des nicht durchsetzbaren Oberbefehls im Bündnis wurde von spanischen Offizieren aller Teilstreitkräfte die Notwendigkeit weitgehender nationaler Eigenständigkeit Spaniens in der militärischen Zusammenarbeit betont. Ein Großteil der Offiziere übernahm in der Bedrohungsanalyse schließlich die Unterscheidung in *amenazas compartidas* (mit der NATO »geteilte Bedrohungen«) und *amenazas no-compartidas* (»nicht geteilte Bedrohungen«). Gleichwohl bewegten sich die zahlreichen Kooperationsabkommen, mit denen in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre eine immer engere Anbindung von Marine und Luftwaffe an die NATO eingeleitet wurde, im Rahmen der NATO-Planungen und Einsatzdoktrinen zur Abschreckung der WVO. Außerdem nahmen diese Teilstreitkräfte regelmäßig an NATO-Manövern teil. Viele Heeresoffiziere hielten jedoch am Wunsch nach einer national eigenständigen, auf den Maghreb ausgerichteten Verteidigung fest.

Befehlshaber aller Teilstreitkräfte forderten – nicht zuletzt mit dem Ziel, der Reduzierung von Spaniens Rolle in der NATO auf eine Nachschubbasis etwas entgegenzusetzen – seit Mitte der achtziger Jahre die Einrichtung von Eingreifverbänden aus Fallschirmspringerbrigade, Legion und Marineinfanterie. Sie vertraten die Überzeugung, die Iberische Halbinsel habe sich nicht als Festung defensiv abzusichern, sondern als »Plattform« für dynamische, mobile und flexible Einsatzformen mit schnellen Eingreiftruppen zu wappnen. Seit Mitte der achtzi-

ausdrücklich militärische Potentiale zugestanden. Bedrohungen für spanische »Interessen im westlichen Mittelmeer« wurden aber für den Fall eines Regimewechsels prognostiziert.

54 Vgl. Heeresstabschef Eduardo Munilla: *Introducción a la estrategia militar española*. Madrid 1984, S. 163.

55 Vgl. Domingo Galdón Domenech (Major der Luftwaffe): »Intereses estratégicos nacionales«, in: CESEDEN/UIMP (Hg.): *Intereses estratégicos nacionales – Percepciones y realidades*. Toledo 1982, S. 141.

ger Jahre rüstet sich die aus Berufssoldaten und Freiwilligen bestehende Legion für die Entsendung in internationale Konfliktregionen. Die Einrichtung der *Fuerzas de Intervención Rápida* (FIR) aus Einheiten aller drei Teilstreitkräfte erfolgte 1988 in Abstimmung mit den NATO-Partnern und wurde als Beitrag Spaniens zum Bündnis deklariert.

Seit Beginn der neunziger Jahre forderten spanische Offiziere immer nachdrücklicher, die NATO-Streitkräfte müßten sich mit Hilfe ihrer Eingreifverbände auf Einsätze außerhalb des Bündnisgebiets vorbereiten. Sie begründeten dies mit dem Auftauchen neuer militärischer und nichtmilitärischer Bedrohungen.⁵⁶ Man warnte vor der unsicheren Entwicklung sich auflösender Nationalstaaten in Osteuropa und dem Gebiet der ehemaligen UdSSR, zum Beispiel im ehemaligen Jugoslawien und den Kaukasus-Republiken. Das wahrscheinlichste zukünftige Konfliktszenario wurde jedoch in den Nord-Süd-Beziehungen ausgemacht und die Mittelmeerregion zum Brennpunkt erklärt: Man warnte vor der demographischen Entwicklung in der Maghrebregion, vor einer Ausbreitung des islamischen Fundamentalismus, vor der Raketenproliferation und vor einem im Mittelmeerraum konzentrierten »internationalen Terrorismus«.

Die Forderung nach militärischem Engagement außerhalb des NATO-Vertragsgebiets wird mit neuen Auslegungen des Konzepts der »nationalen Sicherheit« untermauert. Der Begriff »nationales Interesse« wird auf ökonomische Wohlstandssicherung ausgedehnt. Waren in den Darstellungen zu Beginn der achtziger Jahre die »nationalen Verteidigungsinteressen« noch weitgehend auf die Sicherung der Seewege im Mittelmeer und Atlantik beschränkt, so wird seit Beginn der neunziger Jahre von Offizieren aller Teilstreitkräfte ausdrücklich die weltweite Sicherung »spanischer Interessen« gefordert.⁵⁷

Vor allem unter dem Eindruck der Krise und des Kriegs im Persischen Golf machte sich unter spanischen Offizieren Unzufriedenheit mit der »Uneinigkeit« und »Handlungsunfähigkeit« der NATO-Mitgliedstaaten breit. Dem Bündnis wurde vorgeworfen, es habe keine Handlungsstrategien zur Reaktion auf »ökonomische Bedrohungen« entwickelt, sondern sei nur im Hinblick auf direkte militärische Bedrohungen handlungsfähig.⁵⁸ Die NATO sei unbrauchbar für die Eindämmung

56 Die Darstellungen in den Militärzeitschriften spiegeln den modifizierten NATO-Sprachgebrauch von den angeblichen »neuen Risiken« und »Instabilitäten« wider.

57 Mit dem Argument, auf ungehindertes Passieren jener Gewässer seien auch spanische Öltanker angewiesen, begründeten Befehlshaber, die mit der randständigen Unterstützungsrolle der spanischen Armee im Golfkrieg 1991 unzufrieden waren, ihre Forderung nach einer direkten Beteiligung spanischer Einheiten am Kampfgeschehen. Vgl. Francisco López de Arenosa (Befehlshaber der Militärregion »Cantábrico«), der dafür vom Verteidigungsminister zur Ordnung gerufen wurde, in: *El Mundo* 18.7.1992, España, S. 7.

58 Vgl. Francisco Obrador Serra (Kapitän zur See): »Seguridad«, in: *Revista General de la Marina*, Dezember 1991, S. 659.

militärischer Konflikte »niedriger Intensität«, die man zukünftig in Mittelamerika, Südafrika, Südostasien sowie im Nahen und im Mittleren Osten erwartete.⁵⁹

Spanische Befehlshaber zeigten sich angesichts der im November 1991 in Rom verabschiedeten NATO-Konzeption zwar befriedigt darüber, daß Spanien damit von der *retaguardia* (Nachhut) zur *vanguardia* (Vorhut) an die »zentrale«, im Süden verortete »Front« vorrücke. Daß die in Abschnitt 12 des NATO-Dokuments auf die Südflanke bezogenen Bedrohungsanalysen Waffenproliferation, potentielle Behinderungen der Rohstoffversorgung, terroristische Gewaltakte und Sabotage ausführten und Strukturveränderungen hin zu flexibleren Eingreifverbänden festlegten, wurde von spanischen Offizieren als Beweis dafür gewertet, daß die Wahrnehmung der von Nordafrika ausgehenden Bedrohungen endlich von allen Bündnismitgliedstaaten geteilt würde und der Südflanke größere Aufmerksamkeit entgegengebracht werde. Aber an der Bereitschaft der Bündnis-Mitgliedstaaten zur Erweiterung des Aktionsradius wurde weiterhin gezweifelt. Spanische Befehlshaber plädierten daher für die Aufstellung einer gemeinsamen Streitkraft Italiens, Spaniens und Frankreichs für die Mittelmeerregion.

Spanische, französische, italienische und portugiesische Verbände schlossen sich schließlich in den multinationalen Interventionsverbänden »Eurofor« und »Euromarfor« zusammen. Auch im zentraleuropäischen Bereich wurde die Zusammenarbeit intensiviert: 1994 wurde eine spanische Brigade für das aus der deutsch-französischen Brigade hervorgegangene »Eurokorps« bereitgestellt. Für diese Militäreinheit, die im Rahmen der Westeuropäischen Union und der NATO operieren soll, steht seit 1998 eine spanische Division bereit.

»Humanitäre« Missionen wie der Hilfseinsatz für die vom irakischen Diktator verfolgten kurdischen Flüchtlinge im Rahmen des alliierten Programms »Provide Comfort« werden von leitenden Offizieren zwar als wirksames Mittel zur Steigerung der Akzeptanz und Überwindung des Mißtrauens der Spanier und Spanierinnen gegenüber dem Militär gewertet. Für das Selbstverständnis aber spielen diese Aufgaben so gut wie keine Rolle: Der Einsatz der Streitkräfte zur De-Eskalation von Konflikten und Versorgung der Opfer an den Krisenherden der Welt im Rahmen von UN-Operationen wird in den Ausführungen, die Offiziere in den einschlägigen Militärzeitschriften machten, nie als die eigentliche, zentrale Mission der Streitkräfte, sondern immer nur als ergänzende Funktion neben der Einrichtung von Interventionskapazitäten zur globalen Sicherung »spanischer«, »euro-

59 Vgl. dazu die Ansprache des JEMAD, Admiral Gonzalo Rodríguez Martín-Granizo, anlässlich eines internationalen Symposiums, in: *Revista General de la Marina*, November 1990, S. 648f. Vgl. auch Jesús Argumosa Pila (Major des Heeres): »Una arquitectura de seguridad europea«, in: *Ejército* 621, Oktober 1991, S. 6ff. und Francisco Obrador Serra: »Escenario de Seguridad en la futura Europa de economía de mercado«, in: *Revista General de la Marina*, Dezember 1990, S. 757ff.

päischer« oder eben »westlicher« Interessen beschrieben. Die Kriegführungsfunktionen der Armee nehmen im Selbstverständnis den zentralen Raum ein.

Unterstützt werden diese Sichtweisen von den sicherheitspolitischen Rahmenfestlegungen, die 1992 in der *Directiva de Defensa Nacional* neu konzipiert wurden. Sie schrieb die Verteidigung der »vitalen Interessen« der Nation fest und erhob den weltweiten Einsatz spanischer Streitkräfte zu deren Durchsetzung zum Programm. Während die vorhergehenden Direktiven von 1980, 1984 und 1986 auf die Verteidigung des spanischen Hoheitsgebietes gegen äußere Angriffe begrenzt gewesen waren, wurde 1992 ein Begriff der »Sicherheit« eingeführt, der die Erhaltung von »Stabilität« in der Welt einschließt.⁶⁰ Entsprechend legten die Ausführungsbestimmungen des Grundlagen-Dokuments eine Strukturierung der Armee in eine *fuerza permanente* und eine *reserva movilizable* fest.⁶¹

In den vergangenen Jahren wurde auch in Spanien die Umstrukturierung der Armee entsprechend den Veränderungen in anderen NATO-Mitgliedsländern vollzogen und eine Unterscheidung in sogenannte Hauptverteidigungskräfte (mit klassischen Funktionen der Landesverteidigung im Falle eines Angriffs auf das eigene Territorium) und in »Krisenreaktionskräfte«⁶² (mit weltweitem Einsatzradius) vorgenommen. Auch ein 1994 begonnenes Programm zur Heeresumstrukturierung (*Plan Norte*, d.h. *Nueva Organización Territorial del Ejército*) erfolgte, wie es offiziell hieß, in Anpassung an die Herausforderungen einer »wachsenden spanischen Beteiligung« in der »neuentstehenden europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität« und in Abstimmung »mit verschiedenen internationalen Organisationen«, ohne deshalb »traditionelle, mit der nationalen Souveränität verbundene Aufgaben zu vernachlässigen«.⁶³

60 So heißt es in der Präambel: »Jenseits des europäischen Raums haben in jüngster Zeit internationale Krisen auf die Konzeption unserer Sicherheit eingewirkt. Sie haben gezeigt, daß diese nicht auf das eigene Territorium und angrenzende Gebiete begrenzt ist, sondern die Interessen unserer Nation auch außerhalb der Grenzen dieses Raumes verteidigt werden müssen.« *Directiva de Defensa Nacional del 27.3.1992*, I. Preámbulo. Abgedruckt in: *Revista Española de Defensa* 52, Juni 1992, S. 15.

61 Ebd., S. 16. Die ständigen Streitkräfte würden »in Krisensituationen in bewaffneten Konflikten niedriger Intensität, in welche die beschriebenen Krisen münden können«, sowie »in der Anfangsphase eines Konflikts größerer Intensität« eingesetzt; die Reservekräfte sollen diese Verbände über ein flexibles und schnelles Mobilmachungssystem im Falle einer Ausweitung des Konfliktes auffüllen.

62 Die an diese Truppenformationen gestellten Anforderungen sind: 1) Mobilität (schnell verlegbar und beweglich auf dem Gefechtsfeld), 2) Flexibilität (eine Vielzahl von Einsatzoptionen) und 3) Schlagkraft, das heißt Optimierung der Waffenwirkung. Benötigt werden präzise lenkbare konventionelle Waffen mit hoher Zerstörungskraft, Aufklärungs-, Informations- und Führungssysteme zur Entdeckung und Verfolgung der Ziele (Drohnen, Satelliten, C3I etc.). Abstandswaffen sollen das Umgehen der gegnerischen Abwehr erleichtern.

63 Vgl. »Balance de Gestión 1993-96«, in: *Revista Española de Defensa* 96, Februar 1996, S. 14. (Übersetzung M.F.)

Eine der ersten sicherheitspolitischen Amtshandlungen der 1996 neu angetretenen Regierung des *Partido Popular* bestand – kaum überraschend – in der Herstellung eines Parlamentsbeschlusses über die vollständige Integration der spanischen Streitkräfte in die Kommandostruktur der NATO. Mit der Ausrichtung auf supranationale Militärzusammenarbeit und Einsatzkonzeptionen eng verbunden ist die Entscheidung zur Abschaffung der Wehrpflicht, die gleichzeitig in Aussicht gestellt wurde.

5.2 Die Abschaffung der Wehrpflicht

Als im März 1996 eine knappe Mehrheit der spanischen Wählerinnen und Wähler ihre Stimme dem konservativen *Partido Popular* gab, fehlten dem zur absoluten Mehrheit 20 Sitze. Seine 156 Mandate reichten nicht aus, um den Spitzenkandidaten Aznar zum Ministerpräsidenten zu küren. Der PP war somit auf Bündnispartner in den autonomen Regionen angewiesen. Erst ein Tolerierungs-Pakt mit den katalanischen Nationalisten und ein Abkommen mit dem baskischen PNV ermöglichten den Machtwechsel. Vor allem die katalanische *Convergència i Unió* unter Führung Jordi Pujols, die über sechzehn Mandate verfügt, handelte dem PP eine Reihe von Kompromissen ab. Diese beziehen sich hauptsächlich auf wirtschaftliche Fragen und erweiterte Gesetzgebungskompetenzen für die sogenannten historischen Regionen.⁶⁴ Außerdem kam man überein, dem Beispiel Frankreichs, Belgiens und Hollands zu folgen und die spanische Armee zur Berufs- bzw. Freiwilligenarmee umzugestalten.

Erneut bewegte eine Debatte über das Pro und Contra der Wehrpflicht das Land. Wie schon 1989 wurden Ängste vor einer Entkoppelung von Armee und Gesellschaft geäußert, Kostenkalkulationen abgewogen, Effektivierungsbestrebungen und pazifistische Überzeugungen in die Diskussion geworfen. Vor allem die parlamentarische Opposition des PSOE hielt weiterhin programmatisch an der Wehrpflicht fest. Führende Repräsentanten verteidigten sie mit dem Argument, sie bilde eine Errungenschaft und Gewähr für die Demokratie. Ministerpräsident González bekräftigte diese Überzeugung erneut, als er im Mai 1996 aus dem Amt schied. Nun stellt sich für die Regierung des PP, nachdem sie in ihrem Pakt mit der katalanischen CiU (*Acuerdo de Investidura y gobernabilidad*) die Entscheidung zur Abschaffung der Wehrpflicht festgeschrieben hat, das Problem: Wie schafft man es, über eine Entscheidung von so herausragender Bedeutung, die

64 Im Zentrum standen Fragen der Privatisierung spanischer Staatsbetriebe und Probleme der Geldverteilung im Rahmen der Steuerkompetenzen. Zudem wurde die Abschaffung des Amtes des Zivilgouverneurs, eines symbolbehafteten Relikts der Zentralverwaltung aus der Zeit der Franco-Diktatur, besiegelt.

schließlich die laufende Legislaturperiode überdauern muß, einen tragfähigen politischen Konsens herzustellen?

Den angekündigten Umbau des Rekrutierungssystems betreffend wurden außerdem viele Fragen unbeantwortet gelassen: So ist in dem *Acuerdo* zwischen PP und CiU keine Übereinkunft darüber getroffen worden, welche Personalstärke die zukünftige Armee erhalten soll. CiU hatte in ihrem Wahlprogramm eine Stärke von 90.000 vorgeschlagen, der PP dagegen favorisiert eine Größenordnung von 150.000 Soldaten und Soldatinnen. Die Option der Regierung wäre – Expertenschätzungen zufolge⁶⁵ – nur bei einer gleichzeitigen Erhöhung des Verteidigungshaushalts realisierbar und mit der vom PP mit Blick auf die Erfüllung der Maastricht-Kriterien angekündigten Politik zur Reduzierung des Haushaltsdefizits kaum vereinbar.

Der Ankündigung der Regierung Aznar zufolge soll die Umwandlung des Rekrutierungssystems im Zeitraum von sechs Jahren vollzogen werden. Es wurde in Aussicht gestellt, daß die Männer der Geburtsjahrgänge 1984 bereits keinen Dienst mehr leisten müßten. Ob dieses Versprechen eingelöst werden kann, ist angesichts bestehender Haushaltsrestriktionen zweifelhaft. Sparzwänge veranlaßten den neuen Verteidigungsminister Eduardo Serra Reixach bereits im Frühjahr 1996, das Ministerium selbst einer weitreichenden Umstrukturierung zu unterziehen. Der Verteidigungshaushalt für das Jahr 1997 wurde dann auf knapp 870 Milliarden Peseten projiziert, was eine reale Senkung um 2,5% gegenüber dem Vorjahr mit sich bringt. Folglich konnte nur ein Drittel der ursprünglich für 1997 geplanten 10.000 neuen Plätze für Berufssoldaten eingerichtet werden. Experten halten es für denkbar, daß die Regierung wegen finanzieller Engpässe noch weit aus länger als beabsichtigt am Übergangsmodell des bisherigen »gemischten« Systems von Wehrpflichtigen und Freiwilligen-/Berufssoldaten festhalten wird. Auch das Versprechen, den Sold der Rekruten von den symbolischen 1.500 Peseten auf 30.000 Peseten monatlich anzuheben, wird unter den geschilderten Bedingungen vermutlich nicht eingelöst.⁶⁶

Betrachtet man die Entwicklung der »öffentlichen Meinung« in Spanien, so kann man den Beschluß zur Abkehr von der Wehrpflicht als eine längst überfällige Entscheidung bezeichnen. Der Beschluß ist sicherlich zu einem Gutteil auf das beharrliche Engagement der Kriegsdienstverweigerungs- und der Friedensbewegung zurückzuführen, die das Akzeptanzdefizit gegenüber dieser Rekrutierungsform maßgeblich vorangetrieben haben. Der Beschluß ist aber gleichzeitig – ähnlich wie in anderen westeuropäischen Staaten, etwa Holland, Belgien und Frankreich – auch darauf zurückzuführen, daß Wehrpflichtige für die im Hinblick

65 Vgl. dazu Carlos Navajas Zubeldia: »El fin« (Anm. 22), S. 106f.

66 Vgl. dazu Xavier Rius: »La compleja transición hacia un ejército profesional«, in: *Papeles* 59/60, 1996/97, S. 147ff.

auf weltweite Einsatzfelder neukonzipierten Armeen zunehmend verzichtbar werden. Mit der Abkehr von großen stehenden Heeren und dem Trend zur Bildung kleinerer, flexiblerer und mobilerer Verbände für weltweite Interventionsplanungen werden professionalisierte, spezialisierte und über längere Zeiträume hin ausgebildete Soldaten benötigt. Dem gesellschaftlichen Akzeptanzdefizit kommt bei der Abschaffung der Wehrpflicht gewissermaßen eine indirekte Rolle zu: In dem Maße, wie die Gesellschaft sich dem Militär verweigert, verliert dieses wiederum das Interesse an Wehrpflichtigen. Aber die Abschaffung der Wehrpflicht erfolgt nicht in erster Linie, weil dies die Bürger und Bürgerinnen verlangen, sondern weil und immer wenn das Militär aus Rationalisierungsgründen damit einverstanden ist. Auch der spanische Fall macht hier keine Ausnahme.

6. Ausblick

Am Vorabend des 21. Jahrhunderts ist die spanische Armee im Begriff, in Aufbau und Struktur weitgehend die Entwicklung der Armeen der übrigen OECD-Staaten nachzuvollziehen; das betrifft insbesondere den sukzessiven Abbau des Wehrpflichtigenanteils und den bevorstehenden Übergang zur Freiwilligenarmee bei gleichzeitiger Einbindung von weiblichen Soldaten.⁶⁷ Die spanische Armee ist überdies in vielfältige Bündnisstrukturen (NATO und WEU) und multinationale Streitkräfte-Verbände eingebunden. Damit wird die spanische Gesellschaft mit denselben Herausforderungen konfrontiert wie die Gesellschaften der Nachbar- und Partnerländer.

Das betrifft zum ersten das Problem der Kontrolle des Militärs, das sich angesichts der neuen »Missionen« und unter den Bedingungen des Übergangs zur professionalisierten Armee erneut und mit Nachdruck stellt. Mit der Vorbereitung auf militärische Interventionen im Dienste der weltweiten Sicherung »spanischer Interessen« und dem Aufbau schneller Eingreifverbände zeichnet sich langfristig möglicherweise eine einigende sinnstiftende Konzeption für das Berufsmilitär ab. Die militärischen Einsatzfelder des ausgehenden 20. Jahrhunderts bieten auch für Armee Segmente mit vormodernem Selbstverständnis Identifikationspotentiale, denn sie lassen sich – anders als die auf Abschreckung und potentielle Landesverteidigung im Falle eines Angriff reduzierten Streitkräftefunktionen – mit den Idealen des siegreichen Heldensoldaten wieder übereinbringen. Mit den neuen militärischen Einsatzfeldern und Aufgabendefinitionen erweist sich vormodernes Selbstverständnis als durchaus vereinbar: Der Figur des heldenhaften und todesverach-

67 Zur Entwicklung des Militärs im OECD-Vergleich vgl. Martina Fischer: *Demokratisierung durch Streitkräftereform? Zur Entwicklung der Wehrsysteme in Westeuropa*. AFB-Text, Arbeitsstelle Friedensforschung, Bonn 1997.

tenden »Siegers«, die von spanischen Infanterieeinheiten in zahlreichen Liedtexten weiterhin gepflegt wird, kommt für den inneren Zusammenhalt erneut wichtige Sinnstiftungsfunktion zu. Das verleiht dem Militär möglicherweise zusätzliche Stärke bei der Durchsetzung seiner Ressourcen-Interessen auf politisch-administrativer Ebene und erfordert eine um so wachsamere Kontrolle.

Daß das spanische Militär weiterhin versuchen könnte, die parlamentarische Demokratie durch Putsch aus den Angeln zu heben und die Zeit zurückzudrehen, kann ernsthaft niemand mehr erwarten. Am Vorabend des 21. Jahrhunderts wird die Demokratie in Spanien nicht mehr durch auffahrende Panzer bedroht, sondern sie wird allenfalls durch einen Mangel an Beteiligung und Einmischung der Bevölkerung in die Gestaltung der Außen- und Sicherheitspolitik in Frage gestellt.

Als die Regierung Aznar 1996 die vollständige militärische Integration Spaniens, das heißt die Einbindung der Streitkräfte in die Kommandostrukturen der NATO, ankündigte, erhielt sie die Zustimmung der im Parlament vertretenen Parteien mit Ausnahme der *Izquierda Unida*. Zwar kritisierten einige Friedensorganisationen und Intellektuelle diesen Schritt und verwiesen auf den Ausgang des Referendums von 1986. Aber die Proteste waren mit dem Ausmaß der Widerstände während der achtziger Jahre nicht zu vergleichen. Das mag zum einen auf eine gewachsene Akzeptanz des Bündnisses und schwindende Bedrohungsängste mit Auflösung des Ost-West-Konflikts zurückzuführen sein. Zum anderen aber wurde deutlich, daß das gesellschaftliche Interesse an sicherheitspolitischen Themen in Spanien deutlich gesunken ist und die öffentliche Aufmerksamkeit von schwerwiegenden wirtschaftlichen Problemen wie zunehmender Arbeitslosigkeit und Anpassung an Erfordernisse einer Europäischen Währungsunion weitgehend absorbiert wird.

Dabei ergeben sich aus der Entwicklung von Militär und Politik in Spanien verschiedene Militarisierungsgefahren, die eigentlich öffentliche Aufmerksamkeit erfordern. Sie drohen nicht mehr, wie noch während der *transición*, in Gestalt der normwidrigen Einmischung des Militärs in die Politik, sondern sie resultieren aus der Verschmelzung der militärischen mit der politischen Sphäre.

Wenn auch die Werbekampagnen des Verteidigungsministeriums vom Vokabular der Toleranz und internationalen Verständigung getragen sind und der offizielle sicherheitspolitische Diskurs durch den inflationären Gebrauch der Begriffe »Solidarität«, »humanitäre Hilfe«, »Verantwortung«, Sicherung von »Frieden«, »Freiheit« und »Menschenrechten« bestimmt wird, kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß die sicherheitspolitischen Rahmenfestlegungen in Spanien – genauso wie in Staaten Westeuropas – weiterhin oder sogar zunehmend von Militärlogik geprägt werden: vom Denken in militärischen Gleichgewichten, Abschreckungsmaßnahmen und Stabilitätsbegriffen, die sich schon während des Ost-West-Konflikts als wenig vorwärtsweisend erwiesen haben. Dieses Denken mündet in die

Effektivierung von Militärpotentialen und die Vorbereitung offensiver Rüstungsmaßnahmen: den Aufbau von Krisenreaktionskräften und Eingreiftruppen für die weltweite Sicherung der Interessen westlicher Industriestaaten. Diese Festlegungen bilden den eigentlichen Kern der Sicherheitspolitik, von dem sich die »neuen« Aufgaben der Armee im Dienste der »Friedensschaffung« und »Friedenserhaltung« im Rahmen der UN-Aktivitäten nur als eine Art Nebenprodukt abspalten. Die beiden höchst unterschiedlichen Facetten sind für Außenstehende insofern kaum voneinander unterscheidbar, als Kriegseinsätze und sogenannte Friedensmissionen mit denselben Streitkräfteeinheiten ausgeführt werden sollen.

Mit dem Wegfall der Wehrpflicht kommt den friedenspolitischen Akteuren in Spanien zwangsläufig auch ein wichtiges argumentatives Instrument abhanden, mit dem sie in den vergangenen Jahren die Verbindung von der Außenpolitik zu der alltäglichen Lebensrealität der Bürger und Bürgerinnen herzustellen vermochten. Es besteht die Gefahr, daß Beteiligungen professionalisierter Armeen an weltweiten Militäreinsätzen unter immer größerer Gleichgültigkeit der Öffentlichkeit vonstatten gehen und von der politischen und militärischen Führung noch stärker als bisher im Alleingang entschieden werden. Es bedarf daher der verstärkten Suche nach neuen Hebeln zur Herstellung der Verbindung zwischen der »großen Politik« und den Interessen der Bürger, und es bedarf verstärkter Bemühungen um eine Demokratisierung von Außenpolitik, um zu verhindern, daß die mit der Forderung nach Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht verbundenen Demilitarisierungsabsichten von den Effektivierungsbestrebungen der Militärlogiker überrollt werden. Unter der konservativen PP-Regierung ergeben sich für diese Aufgabe möglicherweise erschwerte Bedingungen. Dennoch muß sie angegangen werden.

Angesichts der bevorstehenden Abschaffung der Wehrpflicht und dem Übergang zu professionalisierten Armeen ist in Spanien wie in den anderen westeuropäischen Gesellschaften dringender denn je eine Debatte zu folgenden Fragen geboten: Wozu noch Militär? Gegen wen soll es mit welcher Legitimation eingesetzt werden? Wie wird das »Privileg« des Soldaten gegenüber dem Zivilisten, Menschen notfalls töten zu dürfen, von der Gesellschaft ethisch begründet? Wer fühlt sich von wem bedroht? Wieviel Personal und welche Ausrüstung werden zu welchem Zweck benötigt? Welches sind die Kriterien – Verteidigung auf defensiver Basis oder westeuropäischer Großmachtstatus?

Die Forderung nach Abschaffung der Wehrpflicht muß von verstärkten Anstrengungen zur Werbung für eine defensive Sicherheits-, Rüstungs- und Militärpolitik, für eine Politik der Selbstbeschränkung und des Verzichts auf Rüstungsexporte begleitet werden, wenn dieser Schritt im Sinne einer Demilitarisierung der internationalen Beziehungen Wirkung entfalten soll. Der von den politischen Entscheidungsträgern (in Spanien und andernorts) formulierte Anspruch, einer

gestiegenen Verantwortung in der Welt gerecht zu werden, kann glaubwürdig nur durch die Suche nach politischen Modellen der Streitbeilegung und durch die Förderung vorhandener Ansätze ziviler Konfliktbearbeitung eingelöst werden: durch Unterstützung von Aktivitäten der Vereinten Nationen und der »Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa« zur präventiven Diplomatie und zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen in Konfliktregionen. Zur Bewältigung der Friedensgefährdungen im 21. Jahrhundert bedarf es der Stärkung von Dialogstrukturen in Systemen kollektiver Sicherheit, nicht aber der Vorhaltung oder des Einsatzes offensivfähiger Interventionspotentiale im Rahmen von Militärbündnissen.